

Unheil und für die Reinigung der Seele von verkehrten Gedanken zu beten. Welch eine Anknüpfung! Darauf sollten wir in dieser Schwachheit, in der Gottes Gnade mächtig werden kann, getrost weiterbeten: „Gott, du siehst doch, wie es um deine Kirche, um deine Christenheit, um deine Welt steht. Du siehst doch, wie uns die Stimme des Papstes ununterbrochen vor die großen Entscheidungen ruft, und wir hören sie nicht, wir kennen sie meist gar nicht, und so folgen wir ihr auch nicht, weil uns die kleinen eigenen Sorgen wichtiger sind. So mache unser Herz bereit, um Christi willen für deinen obersten Hirten einzutreten, denn er kennt die ganze Not, er weiß mehr als jeder von uns, was auf dem Spiele steht und worum es jetzt am dringendsten geht. Gib seinen Warnungen Gehör! Brich doch endlich den Widerstand dieser Welt, auch der christlichen Welt, die der Selbstanbetung des Menschen verfällt und darin keinen Frieden finden kann . . .“ So oder ähnlich könnten wir zu beten beginnen. Und wenn wir so anfangen und dabeibleiben, dann wird unser Herz noch andere Worte finden. Dann wird es uns bald wie Schuppen von den Augen fallen, und wir werden uns der Enge unserer eigenen Sorgen schämen. Diese Scham wird uns dahin treiben, künftig anders zu beten, mehr mit der Kirche zu beten, mehr um ihre Sorgen bedacht zu sein. Wir werden uns wieder dessen bewußt werden, daß der Christ nicht auf der Welt ist, um seine „religiösen Pflichten zu erfüllen“ und dann mit „gutem Gewissen“ seinem eigenen Leben nachzugehen, sondern daß er so oder so ins Apostolat gehört, daß er auf die Parolen der Hirten achten soll, weil wir alle vor dem angreifenden Feinde stehen und darum auf die Signale hören müssen. Wenn wir so anfangen, zu beten, werden wir aufhören, in dem alten Privatchristentum fortzumachen, das kein Salz und kein Licht der Welt mehr ist. Dann wird dieses Jahr anders werden.

3. Was täten wir, wenn im Fastenmonat der Beichtvater uns als Buße auferlegen würde: Schreibe die Gebetsmeinungen des Heiligen Vaters zehnmahl ab und lerne sie auswendig, damit du sie jederzeit betrachten kannst. Wäre das nicht eine überaus sinnvolle Bußaufgabe? Was täten wir dann? Wer hat noch das Kirchenblatt zur Hand, wo die Liste der Gebetsmeinungen für 1958 abgedruckt war? Übrigens hängen sie meistens auch am Schwarzen Brett der Kirchentür. Wer weiß noch, wie die Gebetsmeinungen für 1957 lauteten? Ja, und was dann? Können wir uns vor der Welt und vor dem eigenen Gewissen Katholiken nennen, Christen, die um das ganze Heil der ganzen Welt besorgt sind, wenn wir nicht wissen, an welchen Stellen es brennt und wofür am meisten gebetet werden muß? Wir sollten mit einem solchen Bußauftrag rechnen, und die Beichtväter sollten den Mut haben, ihn aufzugeben. Denn das ist keine unmenschliche Zumutung, sie ist aber sehr heilsam und katholisch.

Wenn wir uns so darum bemühten, die allgemeinen Anliegen des Papstes, die ja doch die Anliegen der ganzen Kirche sind, genau zu kennen, dann würde uns auch die gläubige Phantasie beflügeln, und wir könnten uns etwas vorstellen unter den besonderen Anliegen des Papstes, die er nicht öffentlich ausspricht, weil sie zu ernst und zu dringlich sind. Müßte sich nicht vielleicht auch mancher Pfarrer und Kaplan fragen: Was habe ich eigentlich im vergangenen Jahr dafür getan, daß die mir anvertrauten Gläubigen in die großen katholischen Gebetsanliegen der

Kirche hineinwachsen? War nicht zuviel von neuen Glocken, einer neuen Orgel, einem besseren Teppich oder schöneren Weihrauchfaß die Rede? Wissen meine Pfarrkinder überhaupt, wie sehr die Kirche im Kriegszustand lebt und daß der Papst seit Jahren Warnungen mit höchster Alarmstufe ergehen läßt? Muß denn erst der „Speckpater“ kommen? Der aber beweist es doch, daß die Gläubigen sich für die großen Sorgen der Kirche gerne erwärmen lassen und daß sie oft nicht so begeistert davon sind, in ihrem bürgerlichen Trott des Gewohnheits- und Erbauungschristentums weiterzumachen. Wenn wirklich etwas los ist, sind die Leute immer da. Und ist denn in der Welt, in der Mission, in der Kirche nichts los? Das kann man doch wahrhaftig nicht behaupten, wenn man nur auf die Stimme des Papstes hört. Im Fastenmonat 1958 sollte etwas Rechtes los sein in unseren Pfarrgemeinden: Hinaus mit den großen Parolen des Papstes! Alarmiert die Gläubigen in den Fastenpredigten: die Kirche leidet große Not, das Reich Gottes leidet Not, Christus wartet und weint.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Hirtenwort der deutschen Bischöfe über die Mischehe Anfang Januar 1958 veröffentlichte der deutsche Episkopat ein ernstes Hirtenwort über die Gefahren der

Mischehe. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: Geliebte Diözesanen! Aus der Presse und dem Rundfunk wißt ihr, daß auf der letzten Bischofskonferenz die Mischehe im Mittelpunkt unserer Sorgen und Beratungen gestanden hat. Die Zahl der Mischehen ist zu einer Hochflut angestiegen. Das Herz der Kirche blutet um Hunderttausende, die ihr verlorengelassen. Wir Bischöfe können nicht länger schweigen. Würden wir weiter schweigen, wären wir keine guten Hirten. Wir wollen niemand wehe tun. Unser Wort gilt nicht denen, die in einer Mischehe leben. Sie möchten wir herzlich bitten und mahnen: Tut in der Ehe als katholische Christen treu eure Pflicht! Laßt euren Glauben vor dem anderen Ehegatten stets liebenswert erscheinen! Handelt so, daß ihr vor Gott bestehen könnt! Das Wort, das wir in tiefer Hirtensorge sprechen müssen, gilt denen, die vor den Toren der Ehe stehen; es gilt auch den Eltern unserer heranwachsenden Kinder.

Wer vor der Mischehe warnt, stört nicht den konfessionellen Frieden. Auch nichtkatholische Religionsgemeinschaften beklagen die Mischehe. Auch sie wissen, daß die Ehe für die Begegnung der Konfessionen kein guter Boden ist. Wer in der Mischehe lebt, leidet mehr als andere unter dem Unglück des gespaltenen Glaubens, oft mehr, als er zu tragen imstande ist. Wer also vor der Mischehe warnt, hilft vor solchem Leid und seelischen Konflikten bewahren; er dient dem religiösen Frieden.

Einheit und Zwiespalt des Glaubens in der Ehe

Liebe Diözesanen! Die christliche Ehe ist das Abbild der Liebe Christi zu seiner Braut, der heiligen Kirche: Mann und Frau, in Liebe verbunden wie Christus mit seiner Kirche. Diese Liebe vermag nur dann die heilige und verklärende Kraft für das ganze Eheleben zu sein, wenn beide, Mann und Frau, eins sind im Glauben an Gott, an Christus und seine Kirche. „Was für ein Lebensband ist es

doch, das zwei Gläubige umschließt zu einer Hoffnung, einem Gelübde, einer Lebensordnung, einem Dienst...“, so schrieb im 3. nachchristlichen Jahrhundert der Kirchenschriftsteller Tertullian. „Beide dienen demselben Herrn. Sie beten zusammen, sie beugen zusammen ihr Knie und halten das Fasten miteinander. Einer lehrt den andern, einer mahnt den andern. Zusammen sind sie im Hause Gottes und beim Mahle des Herrn... Keiner verheimlicht etwas vor dem andern, keiner meidet den andern oder fällt ihm zur Last... Nicht verstohlen wird das Kreuzzeichen gemacht, nicht schüchtern das Dankgebet, nicht stumm der Tischsegen. Psalmen und Lieder erklingen zwischen den beiden, und sie wetteifern miteinander, wer dem Herrn am besten singe. Solches sieht und höret Christus und freuet sich. Er gibt ihnen seinen Frieden. Wo die beiden sind, da ist auch er. Wo er ist, da findet der Böse keinen Platz.“

So wurde vor 1700 Jahren die christliche Ehe besungen. Man stelle neben dieses Bild das Bild der Mischehe. Was jene Ehe vor 1700 Jahren im tiefsten Trug und glücklich machte, das Einssein im Glauben, fehlt den Hunderttausenden von Mischehen unserer Tage. Mitten durch diese Ehen geht ein tiefer religiöser Riß. Was der eine Gatte glaubt und liebt, lehnt der andere ab: die heilige Beichte, das heilige Meßopfer, die heilige Kommunion, die Verehrung der Heiligen, das Priestertum, das Papsttum, das Beten für die Toten. Beide leben religiös in verschiedenen Welten, jeder einsam auf seinem Ufer. Sie spüren das und leiden darunter. Was tun sie? Was Menschen in solcher Lage tun: sie suchen über das, was sie in ihrer Liebe trennt, zu *schweigen*. Was heißt das? Da lebt in einer jungen Mischehe eine katholische Frau. Sie schaut in den Frühlingsabend und denkt, ob sie wie früher in die Maiandacht gehen soll. Sie geht nicht. Sie weiß ja, er hat dafür kein Verständnis, und sie will ihm nicht wehe tun. In der Schublade liegen die religiösen Bilder ihres Jungmädchenzimmers. Wie gerne möchte sie die liebgewordenen Bilder an die Wand des neuen Heimes hängen! Sie tut es nicht. Sie weiß ja, er mag das nicht, und sie will ihm nicht wehe tun. Die Religion, die von Eheleuten gleichen Glaubens als stärkste Bindung, als Glück höchster Harmonie und tiefer Trost erlebt wird, sie wird in der Mischehe als Mißklang und Störung empfunden und versinkt dann mehr und mehr im Hintergrund. Ist das nicht eine furchtbare Tragik? Die Folgen für den katholischen Teil? Er spürt, wie ihm der warme Atem einer katholischen Atmosphäre fehlt. Er findet ja im andern Teil kein Echo, kein Verstehen und keine Stütze. Und dann nehmen nach einer erschütternden *Regel* die Dinge ihren Lauf: ihm schwindet die Glaubensfreude; er wird müde und kälter; es folgen Gleichgültigkeit und Resignation.

Und noch ein anderes wächst aus dem Zwiespalt des Glaubens. Nach Gottes Willen soll die Ehe beiden Gatten Sicherheit und Trost, Rückhalt und Geborgenheit geben bis in die Todesstunde. Der katholische Teil glaubt, daß die Ehe sakramental und unauflöslich ist. Der evangelische Teil glaubt nicht an die Sakramentalität und urteilt anders über die Unauflöslichkeit. Sind nicht Protestanten weithin der Meinung, es sei kein Unrecht, sich scheiden zu lassen und eine neue Ehe zu schließen? Trägt nicht eine solche Auffassung eine weitere Unsicherheit in die Mischehe? Die Statistik sagt, daß Mischehen in besonderem Maße gefährdet sind und weit häufiger als andere Ehen geschieden werden.

Die gefährdeten Kinder

Liebe Diözesanen! Der Zwiespalt zwischen den Eltern wächst in die Kinder. Es kommt der Tag, da in der Seele des Kindes die Fragen aufzusteigen beginnen: „Warum macht der Vater kein Kreuzzeichen? Warum betet er kein Ave Maria, keinen ‚Engel des Herrn‘? Warum geht er nie in die heilige Messe? Warum hat er keinen Rosenkranz?“ Auf den Weißen Sonntag fällt ein tiefer Schatten. Die katholische Mutter kniet mit dem Kind an der Kommunionbank. Der evangelische Vater steht abseits und schweigt. Die Kinder wachsen in die Jahre der Reife, und mit ihnen wachsen Unruhe und Glaubenszweifel. Beide, Vater und Mutter, sind den Kindern Autorität. Aber beide, Vater und Mutter, gehen vor den Kindern religiös auf verschiedenen Wegen. Und in der jugendlichen Seele bohren die Fragen: „Was ist denn richtig? Welchem Elternteil soll ich folgen?“

Was sagt die Statistik über das Los der Kindern aus gemischten Ehen? Über die Hälfte dieser Kinder geht von vornherein der Kirche verloren, unter ihnen sind viele Kinder, deren Eltern vor der Trauung die katholische Kindertaufe und -erziehung feierlich versprochen haben. Und die Kinder, die katholisch getauft und erzogen wurden? Auch sie halten zum großen Teil nicht stand. In der dritten Generation — so haben genaue Beobachtungen ergeben — ist die Nachkommenschaft aus gemischten Ehen in der Regel nicht mehr katholisch.

Man wird fragen und mit Recht fragen, warum die Kirche trotz des strengen Verbotes der Mischehe und angesichts dieser Lage noch Mischehen erlaube. Wenn die Kirche keine Dispens erteilen würde, wären die Dinge noch schlimmer. Viele katholische Christen würden in Eigenwilligkeit und Verblendung auf jene Verbindung nicht verzichten und sich mit einer nichtkirchlich geschlossenen Ehe begnügen. Die Folgen? Sie wären vom Sakramentempfang und im Falle des Todes vom kirchlichen Begräbnis ausgeschlossen, und die Nachkommenschaft ginge dann sicher der Kirche verloren. Wenn die Kirche dispensiert, so ist das keine Billigung der Mischehe, sondern eine tief schmerzliche Duldung, um größere Übel zu verhüten. Die Kirche handelt wie jene Mutter, die blutenden Herzens die Erlaubnis gibt, daß ihrem kranken Kind ein Glied abgenommen wird, um wenigstens das Leben des Kindes zu retten.

Die gemischte Bekanntschaft

Liebe Diözesanen! Der katholische Christ, der die Mischehe und ihre Folgen in Ruhe überdenkt, wird sie aus innerster Überzeugung ablehnen. Auch der junge katholische Christ wird sie ablehnen, weil ihm alle Halbheit, gerade in dieser vielleicht wichtigsten Entscheidung seines Lebens zuwider ist. Wenn jedoch eine gemischte Bekanntschaft ihn innerlich bindet, gewinnen allmählich die Neigungen des Herzens, des Gefühls, des Gemütes die Oberhand. Die Liebe raubt ihm mehr und mehr die Klarheit des Denkens und treibt ihn in die Selbsttäuschung. Was das heißt? Da hat ein junger Katholik ein evangelisches Mädchen kennengelernt. Er glaubt, es sei alles in Ordnung, wenn dieses mit der katholischen Trauung und Kindererziehung einverstanden sei. Daß dann nicht alles in Ordnung ist, daß die Mischehe nach der erschütternden allgemeinen Regel ein furchtbares Unglück bedeutet, sieht er nicht. Oder er ist vermessen genug, sich einzureden, für ihn werde schon die ersehnte seltene Ausnahme zutreffen.

Was er wünscht, glaubt er. Er verfällt dem tödlichen Irrtum jenes Bergsteigers, der im Angesicht des Gipfels jede Warnung ausschlägt und in falscher Einschätzung seiner Kräfte Unmögliches versucht. Worauf es also entscheidend ankommt? Daß die gemischte Bekanntschaft, die das klare Urteilsvermögen raubt, nicht angeknüpft wird!

Hier tragen auch die Eltern eine große Verantwortung. Sie können nicht hindern, daß ihre Söhne und Töchter in den Betrieben, Büros und Fabriken Tag um Tag andersgläubigen Menschen begegnen. Aber sie können in der katholischen Atmosphäre der Familie ihre Kinder so erziehen, daß wahre Glaubensfreude und eine tiefe Liebe zu Christus und seiner heiligen Kirche in die Herzen der Kinder hineinwachsen. Wer sähe nicht, daß dies das allerwichtigste ist?! Dann werden ihre heranwachsenden Söhne und Töchter, bei aller Achtung für Menschen anderer Überzeugung, ihre Freizeit nicht wahllos in interkonfessionellen Gemeinschaften, sondern möglichst in Kreisen Gleichgesinnter, in katholischen Vereinen, Gruppen und Gesellschaften verbringen und dort Geselligkeit pflegen und Freundschaft suchen. Sie werden nicht leichtsinnig eine gemischte Bekanntschaft beginnen. Warum nicht? Weil sie in apostolischer Verantwortung spüren, wie sehr die Kirche unter den Mischehen leidet. Weil sie wissen, welchen Schmerz eine Mischehe ihren Eltern bereiten würde. Wenn aber der Glaube nicht warm ist, wenn ein Sohn, eine Tochter sieht, daß bei den Eltern das Bankkonto und die beruflich-gesellschaftliche Stellung der künftigen Schwiegertochter, des künftigen Schwiegersohnes mehr wiegen als die Einheit des Glaubens in der Ehe — wenn der Sohn oder die Tochter weiß, daß die Eltern zwar nicht gerade erfreut sein werden, aber dann doch die Dinge laufen lassen und wie so viele Eltern heute sagen werden: „Du bist alt genug und mußt selber wissen, was du tust“ —, ja, dann ist die verhängnisvolle Bahn frei für die gemischte Bekanntschaft und die gemischte Ehe. Eltern können in Pflichtvergessenheit ihre Mitverantwortung abschütteln, dem Gerichte Gottes aber können sie nicht entfliehen.

Liebe Diözesanen! Die Eheschließung ist einer der entscheidendsten Schritte im Leben eines Menschen. Die Wahl des Lebensgefährten und die Bindung an ihn entscheiden in hohem Maße nicht nur über den eigenen Glauben, sondern auch über Religion und Glauben von Kindern und Kindeskindern. Ihr alle, die ihr noch vor den Toren der Ehe steht, betet, daß ihr die Schwere eurer Verantwortung erkennt und in der Gnade Gottes die Kraft besitzt, den Weg zu gehen, den wir Bischöfe euch heute gewiesen haben.

In tiefer Hirtensorge haben wir Bischöfe diesen Weg erneut weisen müssen. Ihr wißt, worum es geht. Die Einheit des Glaubens in der Ehe lieben und den Zwiespalt des Glaubens in der Ehe fürchten! In unseren Städten und Dörfern muß wieder wie früher wahrhaft katholisch über die Mischehe gedacht werden. Jeder von euch, ob alt oder jung, kann hier helfen: durch seine Gesinnung, durch sein Wort, durch sein Verhalten. Wer hier hilft, dient einem echten Apostolat; er dient der katholischen Ehe und Familie und damit der heiligen Kirche in unserem Vaterland. (Eine ähnliche ernste Warnung vor interkonfessionellen Mischehen wurde am 19. Januar von den Kanzeln der Evangelischen Kirche des Rheinlands verlesen. Sie war von der Landessynode Anfang Januar beschlossen worden. Wir kommen auf ihren Inhalt im nächsten Heft zurück.)

Die Nachwuchsfrage bei den caritativen Ordensschwestern in Deutschland Nach amtlicher Feststellung fehlen in Deutschland rund 40 000 Schwestern. Dieser Mangel wird von berufener wie unberufener Seite vielfach diskutiert, auch von jenen, die an innerkirchlichen Fragen völlig desinteressiert sind. „Ich weiß nicht, ob es einen Stand in der Kirche gibt — den Priesterstand mit eingeschlossen —, der gefühlsmäßig vom Volk so geschätzt, verehrt und geliebt wird wie der Schwesternstand“ (Karl Borgmann). Ein gewaltiger Bereich der Caritas und des durch keinerlei Sozialpolitik oder technische Erfindungen zu ersetzenden Dienstes am Nächsten wird von katholischen Ordensschwestern getragen. Ihr Personal- und Nachwuchsmangel wird deshalb auch von Außenstehenden als Mangel und als Zeitübel empfunden.

Die deutsche Zeitschrift „Caritas“ (Freiburg i. Br.) widmet ein Doppelheft vom August/September 1957 dem Thema „Schwesternnachwuchs“. Es sind vor allem drei Beiträge von Karl Becker, Hans Urs von Balthasar und Karl Borgmann, deren Angaben, Statistiken und Folgerungen wir hier zusammenfassen möchten, wobei wir noch auf einen Aufsatz von Robert Svoboda OSC im „Oberrheinischen Pastoralblatt“ (1. 11. 54) zurückgreifen. Die weiteren Aufsätze in der „Caritas“ zum Thema Ordensreform (R. Svoboda) und freie katholische Schwestern (K. Becker und Bernhard Rütger OSC) sowie eine neueste Bibliographie für Ordensschwestern können hier nur genannt werden.

Die Entwicklung bis heute

Die meisten caritativen Schwesterngenossenschaften entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und hatten bis zum Ersten Weltkrieg eine Monopolstellung und einen durch Geburtenreichtum, durch die Einstellung der katholischen Familien und die berufliche Sozialstruktur gesicherten Nachwuchs. Die Wandlungen, die sich in diesen drei Faktoren anbahnten, waren zunächst noch nicht einschneidend stark. Durch Zustrom aus den 1918 abgetretenen Gebieten wuchs vielmehr die Zahl der Niederlassungen und Mitglieder, und die Liturgische Bewegung weckte den Sinn für religiöse Lebensweihe. Die Nachwuchsziffern stiegen seit 1920 stetig an und erreichten 1935 das Maximum mit fast 7 500 Novizinnen. Dann verstärkten sich der Geburtenrückgang, die Heiratslust und die Anziehungskraft neuer Frauen- und Sozialberufe. Das NS-Regime beschränkte den Schwesternnachwuchs zunächst psychologisch und mit dem Erlaß von 1940 dann gewaltsam. Nur durch List konnten die größeren Genossenschaften in den folgenden Jahren illegal noch etwa 4 000 Nachwuchsschwestern aufnehmen.

Der Zweite Weltkrieg schloß mit einem großen Nachwuchsdefizit und zudem mit der Ausweisung von nahezu 15 000 Ordensschwestern aus dem deutschen Osten, die ihre Mutterhäuser und damit auf Jahre hinaus die Möglichkeit verloren, systematisch Nachwuchs heranzubilden. Aber auch zu den übrigen Genossenschaften kamen nur sehr spärlich wieder Mädchen — der erwartete „Ordensfrühling“ blieb aus. Zu groß waren menschliche Erschütterung, Not und Verwirrung, zu stark die gesellschaftlichen Umwälzungen, zu hemmend die psychologische Einstellung, von der noch zu sprechen sein wird. Die Zahl der Novizinnen stieg von 1945 bis 1950 langsam von 1 025 auf 3 600, um dann bis 1956 wieder auf unter 3 000 abzufallen. Im Durchschnitt aller Mutter-

häuser erreicht die Nachwuchszahl damit nur die Hälfte der Vorkriegsjahre.

Mitgliederzahlen und Tätigkeit

Es ist nur ein scheinbarer Trost, daß die absolute Zahl der Ordensschwwestern im ganzen gerade noch gleichgeblieben ist. Immerhin ist eine Aufgliederung dieses Bestandes von Interesse. Wir haben heute in Deutschland nahezu hunderttausend caritative Ordensschwwestern (95 321 Mitglieder und 3 058 Novizinnen, Stand vom 1. Januar 1956), von denen 65 000 öffentliche Examina besitzen. Von ihnen wirken:

in der Krankenpflege	34 752
in der Jugendberufshilfe	12 082
im Lehrberuf an Schulen	5 174
in der offenen Fürsorge	1 340
in der Seelsorgshilfe	1 193
in der Wirtschaft ihrer Anstalten	21 627
in der Verwaltung ihrer Anstalten	5 008

Auch eine Liste der einzelnen Schwesternengenossenschaften und -vereinigungen konnte der Deutsche Caritasverband zum gleichen Erfassungszeitpunkt zusammenstellen. Danach betragen die Mitgliederzahlen in Deutschland (in Klammer die Zahl der Mutterhäuser):

Franziskanerinnen	24 244	(27)
Verschiedene ältere Schwesternengenossenschaften	19 461	(51)
Vinzentinerinnen	11 875	(9)
Arme Schulschwwestern	4 391	(5)
Neuere Schwesternvereinigungen	3 953	(28)
Missionsschwwestern	3 697	(7)
Schwwestern vom allerheiligsten Heiland	3 481	(3)
Kreuzschwwestern	3 037	(5)
Englische Fräulein	2 996	(5)
Cellitinnen	2 855	(6)
Vorsehungsschwwestern	2 783	(3)
Borromäerinnen	2 152	(2)
Ursulinen	1 900	(25)
Dominikanerinnen	1 702	(11)
Josefsschwwestern	1 545	(3)
Familien-Pflegeschwwestern	1 254	(11)
Elisabethinerinnen	1 249	(5)
Schwwestern U. L. Frau	1 146	(2)
Schw. U. L. Frau v. d. Liebe d. Guten Hirten	1 075	(3)
Katharinenschwestern	525	(2)
	<hr/>	
	95 321	(213)

Fast einhunderttausend Schwestern in der Vielfalt großer und kleiner Gemeinschaften und in der Vielfalt ihrer selbstlosen Tätigkeit: das ist eine erhebende Bilanz. Für die Zukunft entscheidend ist freilich die Frage, ob diese Tätigkeit weitergeführt werden kann. Zu ihrer Beantwortung darf man zunächst der hoffnungslosen Überalterung und den ungenügenden Nachwuchszahlen nicht ausweichen. Die folgenden Zahlen sind nach den Angaben der Statistik von uns berechnet und zusammengestellt worden.

Völlige Überalterung

Vergleichen wir zunächst den Altersaufbau der caritativen Schwestern insgesamt gegenüber der weiblichen Bevölkerung der Bundesrepublik im ganzen. Es standen im Alter von Jahren (in Prozent):

	20—40	40—60	60—80
Schwwestern	20,8	50,4	27,0
Weibliche Bevölkerung	38,5	40,0	18,4

Von Gemeinschaft zu Gemeinschaft ist das Ausmaß der Überalterung ziemlich ungleich. Wir setzen die Tabelle fort:

	20—40	40—60	60—80
Versch. neuere Vereinigungen	42,1	46,9	10,8
Familien-Pflegeschwwestern	31,1	58,2	10,7
Missionsschwwestern	30,7	52,0	16,7
Katharinenschwestern	24,4	52,2	22,2
Schwwestern U. L. Frau	23,9	41,8	32,4
Dominikanerinnen	22,8	47,0	27,6
Schw. v. allerhlst. Heiland	21,8	59,0	17,7
Vinzentinerinnen	21,0	48,3	28,8
Versch. ält. Schwesternengen.	20,4	51,7	26,4
Franziskanerinnen	19,6	50,7	28,0
Kreuzschwwestern	18,9	48,7	30,5
Borromäerinnen	18,9	44,0	33,7
Josefsschwwestern	18,4	53,7	26,3
Vorsehungsschwwestern	17,6	51,6	28,7
Elisabethinerinnen	15,5	51,9	30,2
Arme Schulschwwestern	15,4	53,7	28,2
Cellitinnen	15,1	49,5	33,2
Ursulinen	14,9	43,2	38,1
Schw. U. L. Frau v. Guten Hirten	13,5	46,9	38,5
Englische Fräulein	11,9	49,1	36,8

Die erste Spalte ist identisch mit den in der späten Nazizeit, in der Kriegs- und Nachkriegszeit Eingetretenen. Auch wenn man nur die letztere Gruppe, d. h. die unter 30jährigen, zugrundelegt, ändert sich die Reihenfolge in der vorstehende Tabelle kaum.

Schwindender Nachwuchs — wachsende Aufgaben

Im Durchschnitt müßte in den nächsten Jahren ein Drittel aller Schwestern durch junge Schwestern ersetzt werden. Für die meisten Orden ergibt sich aber darin nach menschlichem Ermessen eine wenig hoffnungsvolle Lage. Die folgende Tabelle gibt die Zahl der Novizinnen in ihrem Prozentanteil gegenüber dem Mitgliederbestand am 1. Januar 1956 an:

Neuere Schwesternvereinigungen	6,2
Familien-Pflegeschwwestern	5,5
Schwwestern U. L. Frau	5,0
Ursulinen	4,0
Missionsschwwestern	3,8
Dominikanerinnen	3,6
Schw. U. L. Frau v. Guten Hirten	3,4
Franziskanerinnen	3,4
Englische Fräulein	3,3
Verschiedene ältere Schwesternengenoss.	3,0
Josefsschwwestern	3,0
Schwwestern vom allerheiligsten Heiland	3,0
Vorsehungsschwwestern	3,0
Elisabethinerinnen	2,9
Vinzentinerinnen	2,8
Cellitinnen	2,8
Borromäerinnen	2,4
Katharinenschwestern	2,3
Kreuzschwwestern	2,3
Arme Schulschwwestern	1,3
Durchschnitt	3,2

Aber selbst dieser ungenügende Nachwuchs (der sich auf längere Frist wieder ausgleichen könnte) ist noch nicht der letzte Grund für den wachsenden Schwesternmangel. Die tiefere Ursache sind die ständig zunehmenden Aufgaben. Die Zahl der Krankenhäuser und der Krankenhausbetten wächst und verlangt nach immer mehr fachkundigem und opferbereitem Personal. Allein in den drei Jahren von 1952 bis 1955 sank der Anteil von Krankenschwestern (aller Art) auf 1 000 Betten von 113 auf 110; im katholischen Bereich ist der wachsende Bedarf bzw.

das Defizit noch größer. Nach dem Bericht von Pater Svoboda vor drei Jahren (neuere Zahlen stehen uns nicht zur Verfügung) mußten zwischen 1950 und 1954 von katholischen Schwesterngenossenschaften mindestens 109 caritative und 34 kommunale Anstalten völlig aufgegeben werden; viele andere sind mit freiem Personal untermischt. Die im Dienst befindlichen Schwestern sind völlig überlastet. Die Sterblichkeit ist mit durchschnittlich 17 Promille doppelt so groß wie in der Gesamtbevölkerung und geht in einzelnen Genossenschaften über 40 Promille jährlich hinaus. Die Überalterung und der Kraftverschleiß bedingen auch geistliche Schwierigkeiten, was sich wiederum schädlich auf die Werbekraft der Orden auswirkt. Ein verhängnisvoller Kreislauf!

Daß auch viele Gemeindestationen und Kindergärten (1950/54 mindestens 34) sowie Schulen gekündigt werden mußten, ist nicht die geringste der üblen Folgen, weil es wiederum einen *Circulus vitiosus* in Tätigkeit setzt: Es geht die Verbindung mit der Masse des Volkes verloren, aus der sich der Schwesternberuf zum größten Teil rekrutiert.

Der Klosterberuf im Urteil der Mädchen

Einige der Ursachen für den Nachwuchsrückgang wurden schon angedeutet, aber es geht um ihre innere Begründung. Die frühere Jugendzeitschrift „Wacht“ hat vor mehreren Jahren eine Leserumfrage zu diesem Thema veranstaltet, deren Ergebnis (wiedergegeben in den „Katechetischen Blättern“, März 1953) — auch wenn es nur jugendliche Gefühlsurteile sind — nicht geringgeschätzt werden sollte. Von Mädchen (mit einem Durchschnittsalter von 23 Jahren) kamen 140 Antworten. Es waren Antworten, aus denen oft echte existentielle Not sprach, teilweise dicke Exposé, von deren Gründlichkeit, Sachlichkeit und Ehrlichkeit die Redaktion überrascht war. Wir können hier nur einige Grundzüge und wenige Zitate herausgreifen:

1. Die Jugend ist sich über ihre eigene materialistische Einstellung und ihre Opferscheu im klaren. „Wir ertrinken in einer Welt des Sports, der Vergnügungen, des Kinos, des Radios, der ewigen Unruhe, die keine ruhige Minute mehr kennt.“ — „Eine große Kinderschar ist altmodisch, man braucht nur einen Stammhalter oder höchstens ein Pärchen, und für den Herrgott bleibt nichts übrig.“ — „Ich hätte wahrscheinlich nicht den Mut, die ewigen Gelübde abzulegen.“

2. Vom Klosterleben stoßen ab das konkrete Beispiel vieler Schwestern, die körperliche Ausbeutung und eine „altmodische“ Lebensform, wobei „Klosterkitsch“ und Ordenstracht wesentliche Faktoren sind. „Mangel an christlicher Nächstenliebe bei verschiedenen Ordensleuten, Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in manchen Klöstern sind Gründe für den Mangel an Klosterschwachs.“ — „Ich habe schon viel mit Schwestern gearbeitet und aus ihren Gesprächen einen geistigen Hochmut gespürt, der wohl im Noviziat und überhaupt dort im Kloster gezüchtet wird.“ — „Unsere Klöster stammen fast alle aus dem Mittelalter, d. h. nicht nur das Klostergebäude und vielfach seine Einrichtungen, sondern auch der Klostergeist.“ — „In einer mit Kitsch überhäuften Kapelle zu beten, schmerzt fast körperlich. Jedes Zimmer, jeder Gang, überall, worauf der Blick fällt, Kitsch. Und da ein ganzes Leben zubringen? Kitsch ist eine unwahre Darstellung. Eine Lüge also, und das im Kloster!“ — „Ist es nötig, daß die Schwestern entgegen allen medizi-

nischen und hygienischen Erkenntnissen in dieser Bekleidung herumlaufen?“

3. Viele sind der Meinung, daß die Orden von innen heraus reformiert werden müßten. „Die Idealbilder, die dem Ordensstifter vorschwebten, haben stark gelitten. Ich bin überzeugt, daß manches wertvolle junge Mädchen dem Klosterleben nicht mit einer solchen Abneigung gegenüberstehen würde, wenn der Orden aus sich heraus zu einem grundlegenden Wandel instande wäre.“ — „Wer löst die eingerosteten Schrauben, daß auch im Kloster Platz für eine frohe, freie, frische Jugend ist? Für eine Jugend, die ihr Leben zwar in den Dienst des Herrn stellen möchte und dennoch nicht wünscht, altmodisch zu werden.“ — „Warum gehen die Orden nicht auf die Reformvorschläge des Heiligen Vaters ein?“

4. In der Pastoral wird zu wenig getan, um für den Ordensberuf zu werben. „Wer hat diesen jungen Menschen nur ein Wort über das Kloster gesagt, geschweige sie vor eine Entscheidung gestellt? In meiner Heimatpfarre erwähnte von beiden Priestern keiner etwas davon.“

Soziologische und ekklesiologische Ursachen

Urs von Balthasar vertieft diese Erkenntnisse. Den soziologischen Tatbestand faßt er folgendermaßen zusammen: „Die Mädchen von heute verlassen die Schule mit 16 Jahren. Sie sind in diesem Alter weder innerlich reif, um eine Lebenswahl zu treffen, noch als Postulantinnen brauchbar. Die vier Jahre zwischen Schulentlassung und möglicher Aufnahme in ein Noviziat werden aber nicht mehr wie früher in der Geborgenheit des Elternhauses verbracht, sondern an einer Arbeitsstätte, die den Mädchen mit einem Schlag die Welt öffnet: Wenn sie nicht von Anfang an voll verdienen, sondern angelernt werden, erhalten sie doch schon ein Taschengeld, das ihnen weitgehende Freiheit gibt; sie können reisen, ins Kino gehen, sich Kleider und Schmuck leisten; sie werden in die Vergnügungen ihrer Altersgenossen eingeweiht, die sexuellen besonders — kaum ein Mädchen von zwanzig Jahren ist noch Jungfrau —, und denken nur daran, sich besserzustellen; denn wie sollten sie in ihrem Arbeitsmilieu der Armut irgendeinen Eigenwert, gar den eines Ideals, abgewinnen können? Die kirchlichen ‚Jungfrauenvereine‘ bieten ihnen zu wenig Interessantes, um sie über die Schuljahre hinaus zu fesseln; sie entwachsen auch der Familie, mit der sie oft fast nur noch die lästige Verpflichtung verbindet, einen Teil ihres Lohnes oder auch das Ganze den Eltern abzuliefern. Heute gähnt eine Kluft zwischen der Geborgenheit innerhalb der Familie und der Lebenswahl, so tief, daß die Wahl einer kirchlichen Gemeinschaft einem ganz selbständigen, freien Akt gleichkommt, der beinahe etwas von einer Konversion hat. Konversionen sind immer ‚möglich‘. Aber sie bleiben immer unwahrscheinlich, sie sind ein moralisches Wunder.“

Auch die Orden müssen daraus ihre Folgerungen ziehen, um den Klosterberuf fesselnd zu machen. Zwar wird immer eine unüberbrückbare Kluft den Geist Christi vom „Welt-Geist“ trennen, aber in den Klöstern müßte wieder mehr Liebe und Freude herrschen, damit aus den Gesichtern der Gemeinschaft nicht mehr der verbitterte „Heroismus des Endes“, sondern der Geist des Evangeliums spreche. „Man sollte deshalb den ‚Gehorsam‘ als Lebensweihe, der ein bräutliches Mysterium des Glaubens ist, nicht so ‚mir nichts dir nichts‘ übergehen lassen in den Gehorsam als Mittel zur Gewinnung billiger kirchlicher

Arbeitskräfte, vor allem solcher, die von Berufs wegen keinerlei Widerspruch anmelden dürfen gegen alles, was man von ihnen verlangt... Das ist geradezu eine Profanierung und grenzt objektiv an ein Sakrileg, weil es eine Verweltlichung dessen ist, was wesentlich ein geistlicher Vorgang bleibt, und eine Verzwecklichung dessen, was in seinem Ursprung den Glanz der personalen Freiheit besitzt und unbedingt auch behalten muß. Ähnliches wäre von den andern Aspekten der evangelischen Räte aufzuzeigen.“

Außerordentlich freimütig ist Urs von Balthasar in seinen weiteren (wie er sie nennt) „ekkesiologischen“ Gesichtspunkten. Er wendet sich scharf gegen „die langweilige Kirchentheologie“, für die es außer dem Volk nur die hierarchische Pyramide des Klerus gebe, nicht aber den dritten Stand der Orden, und gegen einen „kirchlichen Amtsschimmel“. „Niemand dürfte, als Stand und auf die wesentlichen Bedürfnisse hin betrachtet, unbetreuter sein als die Schwestern. Sehr oft entbehren sie fast jeder geistlichen Kost.“ An den überladenen Exerzitien nehmen so viele teil, daß weder die Generaloberin noch der Beichtvater Zeit haben, die einzelnen menschlich ernst zu nehmen. „Dazu kommt, daß für die ‚guten Schwestern‘ jeder alte, resignierte, zu Tode zu pflegende Geistliche als Spiritual gut genug ist... Die Literatur über den Ordensstand ist in Deutschland auf ein trostloses partikularistisches Niveau herabgesunken. Zwischen den Orden herrscht keinerlei geistige Zusammenarbeit mehr, die Zeitschrift ‚Geist und Leben‘ bemüht sich vergeblich um die Mitarbeit anderer Schriftsteller als Jesuiten, jeder Orden hat sein Intelligenzblättchen, seinen Dritten Orden, seine kleinen Ziele und Sonderinteressen... Soll man sich da wundern, wenn lebendige Laien lieber im Schoß des christlichen Laienvolkes sich aufhalten, wo wenigstens da und dort ein Sinn für eine geistige Katholizität vorhanden ist?“

„Die Zahlen über den Nachwuchs unserer großen weiblichen Orden und Kongregationen reden rücksichtslos und brutal.“ Man muß nur die richtigen Folgerungen daraus ziehen: „Es sollte der Eindruck vorherrschen, daß die Lage weitgehend unsere Schuld ist und daß durchaus etwas zu machen ist.“

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

Der Papst über die christliche Vollkommenheit

Vom 8. bis 14. Dezember tagte in Rom der Zweite Generalkongreß der Ordensoberen, der sich ebenso wie der erste im Jahre 1950 (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 162; Ansprache des Papstes S. 189—194) mit der Anpassung der Orden, Kongregationen und Weltlichen Institute, die man zusammen die „Stände der Vollkommenheit“ nennt, an die moderne Zeit befaßte. Ungefähr vierhundert Teilnehmer hatten sich eingefunden, um das Thema der Anpassung zu diskutieren, insbesondere im Anschluß an die Apostolischen Konstitutionen *Provida Mater Ecclesia* vom Februar 1947, die die Weltlichen Institute betrifft (vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg., S. 423), *Sponsa Christi* über die Föderationen zwischen Klöstern bzw. Abteien und *Sedes Sapientiae* (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 514—519). Die Teilnehmer gehörten mehr als 25 Nationen aus allen Erdteilen an und repräsentierten sowohl die alten wie die neueren

Orden, Kongregationen und Institute sowohl der männlichen wie der weiblichen Religiösen (im Gegensatz zu dem Kongreß von 1950, auf dem nur die Männerorden vertreten waren). Den Vorsitz führte Kardinal Valeri, der Präfekt der Religiösenkongregation. Eine Meldung im „Corriere della Sera“ (10. 12. 57) sagte, das Problem der Adaptation finde großes Interesse bei den kirchlichen Autoritäten — weniger bei den Orden selber, die zumeist an ihren Traditionen festhalten wollen. Die Anpassungen, um die es sich handelt, betreffen in der Mehrzahl äußere Dinge (z. B. Kleidung, Wohnung usw.), hier ist trotz der Wünsche von höchster kirchlicher Stelle in den sieben Jahren seit dem ersten Religiösenkongreß bei den meisten Orden äußerst wenig zur „Modernisierung“ geschehen. Es scheint, daß der einzige wesentliche Punkt in der Adaptationsfrage der des Ordensgehorsams ist.

Am 9. Dezember wurden die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Kongresses vom Heiligen Vater empfangen, der in seiner Ansprache das Wesen des christlichen Vollkommenheitsstrebens überhaupt und die besondere Form, die es in den sogenannten Ständen der Vollkommenheit annimmt, darlegte. In der Einleitung zu seinen Ausführungen sagte der Papst, er habe nicht die Absicht, auf die besonderen Fragen einzugehen, mit denen sich der Kongreß befaßte, sondern vielmehr „gewisse allgemeine charakteristische Punkte hervorzuheben, die das Problem der Vollkommenheit und das der Erneuerung und Anpassung der Mittel betreffen, durch die die Einzelnen und die Gemeinschaften dieses Ziel zu erreichen suchen“. Ein erster Teil der päpstlichen Ansprache befaßte sich daher mit der Vollkommenheit des christlichen Lebens überhaupt. Wir geben diesen Teil vollständig wieder:

Die Vollkommenheit des christlichen Lebens überhaupt

„Es ist wichtig, zunächst daran zu erinnern, daß der Begriff der ‚Vollkommenheit‘ im strengen Wortsinn nicht dasselbe ist wie der des ‚Standes der Vollkommenheit‘ und daß er diesen weit übergreift. Heldenhafte christliche Vollkommenheit, die des Evangeliums und des Kreuzes Christi, kann man außerhalb jedes ‚Standes der Vollkommenheit‘ antreffen.

Wir verstehen also das Streben nach Vollkommenheit als eine normale Disposition der christlichen Seele, durch die sie sich, nicht zufrieden damit, die Pflichten zu erfüllen, zu denen sie gehalten ist, wenn sie nicht in Sünde fallen will, völlig Gott hingibt, um ihn zu lieben und ihm zu dienen, und durch die sie sich in demselben Geist dem Dienste des Nächsten weihet.

Die Vollkommenheit jedes freien menschlichen Handelns, wie die jeder vernunftbegabten Kreatur, besteht in der freiwilligen Hingabe an Gott. Zu einem Teil, der sich aus der geschöpflichen Situation als solcher ergibt, ist diese Vollkommenheit verpflichtend; man muß danach streben, wenn man nicht sein letztes Ziel verfehlen will. Wir haben hier deren Elemente nicht näher zu bestimmen. Wir möchten nur von der habituellen und ständigen Tendenz sprechen, die über alles hinausgeht, was unter den Begriff der Pflicht fällt, die den ganzen Menschen erfaßt und ihn ohne Vorbehalt in den Dienst Gottes stellt. Diese Vollkommenheit besteht vor allem in der Vereinigung mit Gott, die durch die Liebe bewirkt wird; sie vollendet sich also auch in der Liebe. Man nennt sie auch eine ständige und völlige Selbstaufopferung aus Liebe zu Gott und um ihm damit ausdrücklich diese Liebe zu bezeugen.

Das Ideal der christlichen Vollkommenheit knüpft an die Lehren Christi, insbesondere an die evangelischen Räte, an sein Leben, sein Leiden und seinen Tod an, diese unerschöpflichen Quellen, aus denen das Heldentum aller christlichen Generationen gespeist wird. Es umfaßt auch das Werk Christi, das heißt den Dienst an der Kirche aus Liebe zum Herrn, auf dem Posten und gemäß der Funktion, die jedem Einzelnen in der Gesamtheit des mystischen Leibes zukommen.

Nach diesem Ideal aus allen Kräften zu streben, ist jeder Christ eingeladen, aber es wird vollkommener und sicherer in den drei Ständen der Vollkommenheit gefunden, so wie sie das Kanonische Recht und die bereits zitierten Apostolischen Konstitutionen beschreiben. Insbesondere die Konstitution *Provida Mater* vom 2. Februar 1947 über die ‚Weltlichen Institute‘ eröffnet der größtmöglichen Zahl von Seelen, die sich heute glühend nach einem vollkommeneren Leben sehnen, den Zugang zu den Vollkommenheitsständen. Gewiß, diese Konstitution betont, daß die Vereinigungen, die den vorgeschriebenen Normen nicht entsprechen, keine ‚Vollkommenheitsstände‘ darstellen, aber sie behauptet damit keineswegs, daß es außerhalb derselben kein echtes Streben nach Vollkommenheit gäbe.

Wir denken in diesem Augenblick an all die Männer und Frauen in allen Lebensverhältnissen, die in der modernen Welt die mannigfachsten Berufe und Aufgaben erfüllen und die aus Liebe zu Gott und um dem Nächsten zu dienen, ihm ihre Person und ihr ganzes Tun und Treiben aufopfern. Sie verpflichten sich zur Ausübung der evangelischen Räte durch private und geheime Gelübde, die nur Gott allein kennt, und lassen sich in bezug auf die Unterwerfung im Gehorsam und die Armut durch Personen leiten, die die Kirche als dazu geeignet bestimmt und denen sie die Aufgabe anvertraut hat, die anderen bei der Übung der Vollkommenheit zu leiten. Keines der Elemente, die die christliche Vollkommenheit und das echte Streben, sie zu erlangen, ausmachen, fehlt diesen Männern und Frauen: sie nehmen daran also wirklich teil, auch wenn sie sich zu keinem rechtlichen oder kanonischen Stand der Vollkommenheit verpflichtet haben.

Es ist klar, daß die christliche Vollkommenheit in den wesentlichen Elementen ihrer Definition und ihrer Verwirklichung keine Erneuerung oder Anpassung erträgt. Aber da die Verhältnisse des modernen Lebens tiefgehende Veränderungen erfahren, kann die Art und Weise, wie man sich um sie bemüht, ihrerseits Änderungen nötig machen. Sie werden ebenso die betreffen, die in den Vollkommenheitsständen leben, wie die, die ihnen nicht angehören; mehr aber noch diese, zumal wenn sie einen hohen sozialen Rang und hohe Ämter bekleiden. Sind sie dann nicht gezwungen, sich mit einem gewissen Apparat von Wohlstand zu umgeben, an offiziellen Festen teilzunehmen, teure Transportmittel zu benutzen: alles Dinge, die nur schwer mit der ständigen Sorge um Abtötung zu vereinbaren scheinen, die sich für denjenigen ziemt, der den armen und demütigen Christus nachahmen und ihm nachfolgen will? Und doch entfernen sie sich inmitten der materiellen Güter in nichts von der völligen Hingabe ihrer selbst an Gott und hören nicht auf, dem Herrn ein uneingeschränktes Opfer darzubringen. Das ist das Werk der Gnade, die im Menschen gemäß dem Wort Christi wirkt: ‚Was bei den Menschen unmöglich ist, das ist bei Gott möglich‘ (Luk. 18, 27).“

Erneuerung und Anpassung in den Vollkommenheitsständen

Im zweiten Teil seiner Ansprache ging der Heilige Vater auf die Probleme der Erneuerung und Anpassung der Formen des Vollkommenheitsstrebens in den Orden und Kongregationen an die moderne Zeit ein, zunächst in bezug auf die einzelnen Angehörigen der Orden, Kongregationen oder Institute: für sie gilt all das, was der Papst im ersten Teil seiner Rede gesagt hat. Das Wesen der christlichen Vollkommenheit ist immer das gleiche. Hat man dies begriffen, so ist es erlaubt, in bezug auf die Mittel, sie zu erreichen, an Erneuerungen und Anpassungen zu denken, soweit sie nicht die Tradition und Disziplin mißachten.

An zweiter Stelle behandelte der Papst das Verhältnis der religiösen Gemeinschaften als solcher zu den Problemen der Erneuerung und Anpassung. Es handelt sich hier vor allem um gewisse Hindernisse, auf die heute der Begriff des Ordensgehorsams stößt, von dem jedoch die Erneuerung des Geistes einer Ordensgemeinschaft wesentlich abhängt. Jede organisierte Gesellschaft ist darauf bedacht, ihre eigene Physiognomie zu bewahren. Jeder Anpassungsversuch wirkt sich aber notwendigerweise auch darin aus, daß er in gewissem Maße den Geist und die Seele einer Institution selber berührt. Die Kirche ihrerseits und die Päpste beabsichtigen, wenn sie eine bestimmte Lebensform approbieren, daß deren Geist auch in seiner ganzen Reinheit erhalten bleibt. Wo findet man aber den authentischen Ausdruck dieses Geistes? Zwar sind die Oberen dazu berufen, ihn ihren Untergebenen zu interpretieren, sie dürfen dies aber nicht willkürlich tun; sie müssen sich immer am Geist des Ordensstifters orientieren. Nun hat aber die Anpassungsbewegung der Gegenwart, zumal in bezug auf den Ordensgehorsam, zu gewissen Spannungen geführt. Es ist vorgekommen, daß gewisse Züge dieses Ordensgehorsams überbetont worden sind, von denen selbst gewissenhafte und eifrige Ordensleute wünschen, sie verschwänden. Man wirft dem Ordensgehorsam insbesondere vor, er beeinträchtige die Menschenwürde und verhindere die menschliche Reifung der Ordensangehörigen, ja er fälsche das Verhältnis der Ordensmitglieder zu Gott.

Dagegen betonte der Heilige Vater, daß die Unterwerfung im Gehorsam und in der Demut in Wahrheit innerlich frei mache, wenn sie als völlige Auslieferung an den Willen Gottes aufgefaßt werde, der sich durch die sichtbare Autorität ausdrücke. Der Papst bestritt energisch, daß der Ordensgehorsam zu einer Art von Infantilismus führe. Es ist nicht einmal richtig, daß die Ordensoberen im Laufe der Zeit ihre Untergebenen — gewollt oder ungewollt — dazu bringen, auf eine bestimmte Art zu denken und zu handeln. Paulus sagt, daß die Gläubigen wachsen sollen, bis sie gelangen „zur Mannesvollkommenheit, zum Maße des Alters der Fülle Christi. So sollen wir nicht mehr unmündige Kinder sein . . .“ (Eph. 4, 13—14): es ist also dem Christen gar nicht erlaubt, sich der Reifung zu entziehen und im Infantilismus steckenzubleiben. Der Papst ermahnte die Ordensoberen und Untergebenen, sich dieser Aufgabe bewußt zu bleiben. Was den Einwand betrifft, es fälsche das Verhältnis zu Gott, wenn ein Mensch bis in sein persönliches Leben und Handeln hinein von einem anderen abhängt und so auf einen Menschen, den Vorgesetzten, Prärogativen übertragen würden, die nur Gott zukämen, so betonte der Papst, daß die Kirche nie-

mals eine solche These gebilligt oder verteidigt habe. Der Vorgesetzte kann nur im Namen Gottes befehlen, der Untergebene gehorcht aus Liebe zu Christus, so daß der Vorgesetzte kein Hindernis auf dem Weg zu Gott sei. Zum Schluß berührte der Papst noch das Verhältnis der Orden zum Heiligen Stuhl, mit dem alle Ordensgesellschaften den Kontakt pflegen und den sie über den wahren Zustand jeder Gemeinschaft informieren sollen. Der Heilige Vater berichtete hierbei auch die Vorstellung, die dem häufigen Vorwurf der Zentralisierungssucht des Vatikans zugrunde liege: eine Zentralisierung im Sinne von Alles-dirigieren-Wollen „ist dem Geist der römischen Päpste und des Apostolischen Stuhls vollkommen fremd“. „Aber der Heilige Stuhl kann nicht auf seine Eigenschaft als Mittelpunkt der Kirche verzichten.“ Die Schlußworte der Ansprache lauteten:

„Das Reich der Vollkommenheit, in dem Wir mit Ihnen einige Schritte getan haben, ist sehr weit und sehr schön, aber es gibt darin noch unerforschte Gebiete. Wir haben Ihre Aufmerksamkeit auf die Vollkommenheit überhaupt und auf die Vollkommenheit im Vollkommenheitsstand gelenkt. Zahlreich sind heute nicht nur die Kleriker und Ordensangehörigen, sondern auch die Laien, die sich für diese Fragen interessieren; wenn sie sie mit gewissen modernen Ideen und Prinzipien konfrontieren, so stoßen sie dabei auf ernste und verwickelte Probleme, deren Lösung ihnen jedoch entgeht, trotz ihres lebhaften Wunsches, sie zu finden. Daher wollten Wir ihnen einiges Licht bringen, indem Wir an die Grundsätze erinnerten, die es erlauben, sie zu beantworten.

Zum Schluß dieser Ansprache möchten Wir Ihnen noch einen Gedanken des hl. Paulus aus dem Kolosserbrief (3, 14) hinterlassen: ‚Vor allem aber habet die Liebe, an die die Vollkommenheit geknüpft ist.‘ Über die Probleme und Diskussionen hinaus suchet vor allem die Vereinigung mit Gott, so werdet ihr euch ununterbrochen immer mehr der Vollkommenheit annähern. Das ist die Gnade, die Wir Ihnen wünschen und die Wir auf Sie vom Allerhöchsten herabflehen, indem wir Ihnen aus ganzem Herzen Unsern väterlichen Apostolischen Segen erteilen.“

Kampagne für eine kirchliche Journalistenschule in Spanien

Über die kirchliche Presse in Spanien haben wir zuletzt vor zwei Jahren berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 209). Unsere damalige

Auflagenschätzung mit 2,9 Millionen wurde inzwischen durch eine exakte Erfassung korrigiert, die das oft zitierte „Amt für Information und Statistik der Kirche in Spanien“ durchgeführt und als 82seitige Broschüre veröffentlicht hat („La Prensa de la Iglesia en España“, Madrid 1957). Die 847 kirchlichen Zeitschriften (gegenüber damals 803) machen zwei Drittel des gesamten spanischen Zeitschriftenmarktes aus und haben zusammen eine Auflage von 5,7 Millionen Exemplaren pro Nummer und 98,8 Millionen Exemplaren (mit 193 000 Seiten) pro Jahr. Selbst wenn man also die Amtsblätter und reinen Mitteilungsblätter abzieht, treffen auf jeden spanischen Einwohner jährlich rund drei Exemplare einer kirchlichen Zeitschrift. Drei Blätter erreichen eine Auflage von mehr als 100 000, das Gros aber liegt zwischen 1000 und 10 000. Eine Zeitschrift wurde schon vor 1800 gegründet, weitere 75 zwischen 1800 und 1900.

Innerhalb der Tagespresse ist der Auflagenanteil der im

eigentlichen Sinn als „katholisch“ zu bezeichnenden 34 Blätter nur 19 Prozent (täglich rund 338 000 Exemplare); aber auch von den übrigen 75 Zeitungen wird gesagt, daß sie durchwegs von Katholiken und in Beachtung der kirchlichen Forderungen im Sinne einer „negativen Katholizität“ gestaltet sind.

Die instruktive Broschüre beschränkt sich nicht auf Statistiken und Übersichten, sondern analysiert diese kritisch, um konkrete Folgerungen zu ziehen. Die ansehnlichen Zahlen imponieren nur scheinbar. „Ganz allgemein muß man feststellen, daß 847 religiöse Zeitschriften für ein Land, in dem wenig gelesen wird, zuviel sind und einen offensichtlichen Mangel an gegenseitiger Zusammenarbeit und an vernünftiger Hinordnung auf größere Ziele verraten.“ Ein „Prozeß der Selbstreinigung“ sollte zwar nicht aufgezwungen, aber vom Nationalverband der Katholischen Presse unter Zusammenführung aller Herausgeber angeregt werden. Eine moderne Vertriebsorganisation müßte sich der Aufgabe gewachsen zeigen, die kirchlichen Zeitschriften, „die heute nur den verschämten Weg durch Briefkästen oder wohlütig-unterwürfige Aussträger nehmen“, auch in die Straßenkioske einzuführen. Die kirchliche Nachrichtenagentur „Prensa Asociada“ (die bis jetzt nur ein kümmerliches Dasein fristet, weil sie von keiner Seite her genügend unterstützt und ausgebaut wird) müßte in die Lage versetzt werden, die katholischen Blätter wirklich ausreichend mit Informationen, Chroniken, Reportagen und Illustrationen zu versorgen und damit wirksam zu verbessern.

„Das berufliche Niveau heben“

Besonderer Wert wird auch den beruflichen Problemen beigemessen. Die Enquete hat ergeben, daß in sämtlichen 847 Zeitschriften nur 130 Berufsjournalisten arbeiten und diese noch zum größten Teil in den Hauptstädten, so daß in der kirchlichen Presse von 30 spanischen Diözesen kein einziger ausgebildeter Journalist existiert. „Bei den in der religiösen Presse Tätigen sind noch vielfältige Berufsprobleme zu lösen. Wenn wir auch dem Staat in seinem eigenen Bereich zur Wahrung des Gemeinwohls das Presseaufsichtsrecht nicht bestreiten, so ist doch nach katholischer Auffassung ein staatliches Monopol auf dem Feld der Erziehung unzulässig. Es ist eine kirchliche Journalistenschule zu schaffen, die ihren Besuchern außer dem technischen Wissen die notwendige Ausbildung in den besonders heiklen Gebieten des katholischen Dogmas, der katholischen Moral und des Apostolatsgeistes vermittelt.“

Diese Forderung hat einen mächtigen Fürsprecher im Bischof der Katholischen Aktion, Msgr. *de Vizcarra*, der das gleiche schon vor Monaten in der „Ecclesia“ (27. 4. 57) gefordert und zugleich vorgeschlagen hatte, es sollte in jeder Diözese ein offizieller „Korrespondent der katholischen Presse“ als Verbindungsmann zum Informationsamt und zur kirchlichen Presseagentur aufgestellt und ausreichend besoldet werden. Die „Ecclesia“ hat das Thema am 5. 10. 57 nochmals aufgegriffen, ausländische Beispiele genannt und an die Tatsache erinnert, daß von 1926 bis zum Bürgerkrieg in Spanien eine kirchliche Journalistenschule bestand, die die Zeitung „El Debate“ (Direktor war der heutige Bischof von Málaga) aufgebaut hatte. Das Franco-Regime hatte dann nur mehr zwei streng reglementierte staatliche Journalistenschulen in Madrid und Barcelona zugelassen.

In einem Geleitwort zu der genannten Broschüre schreibt

nunmehr Bischof de Vizcarra: „Die Fähigkeit zur journalistischen Praxis hängt zwar nicht vom Berufstitel ab, ... aber zweifellos ist für die große Mehrheit der künftigen Journalisten die Ausbildung, die sie in ihren Fachschulen erhalten, von außerordentlichem Wert für die Entfaltung ihrer angeborenen Fähigkeit und für eine größere Sicherheit in allen beruflichen Unternehmungen. Deshalb würde eine kirchliche Journalistenschule das berufliche Niveau in der Leitung, Gestaltung und Verwaltung der kirchlichen Organe ganz außerordentlich heben. In der Hoffnung, daß diese und andere Vorschläge, die die Verfasser dieser statistischen Studie vorlegen, in unseren kirchlichen Kreisen ein günstiges Echo finden, bitte ich Gott, er möge den in diesen Seiten niedergelegten Samen durch seine Gnade befruchten.“

Die Kampagne zu einer Reform der katholischen Presse und zur Gründung einer kirchlichen Journalistenschule wird heute von der Katholischen Aktion, ihren Zeitschriften, ihren Verbänden und ihrem Bischof getragen. Die Jugendverbände haben bereits einen Sammelgroschen „Für eine bessere katholische Presse“ eingeführt. Nun läge es am gesamten Episkopat, die leichte Skepsis, die aus den abschließenden Worten Bischof Vizcarras spricht, zu widerlegen und die begonnene Kampagne wirksam voranzutreiben.

Die Sonntagskirchgänger Statistiken über den sonntäglichen Kirchenbesuch und über den Sakramentenempfang dienen zwar allgemein als Grundlage zur Beurteilung der seelsorglichen Verhältnisse, werden aber vom Klerus als ein nicht übermäßig zuverlässiger Maßstab angesehen und vielleicht sogar unterschätzt. Wenn man nur die runden Zahlen zur Verfügung hat, ohne etwas Genaueres über den Personenkreis zu wissen, den sie repräsentieren, dann kann man allerdings aus ihnen nicht viele konkrete Schlüsse ziehen. Wenn sie aber in einer gut überlegten Enquete mit genaueren persönlichen Angaben verbunden werden, dann sind sie überraschend aufschlußreich. Eine solche Enquete kann zwar nicht oft oder gar regelmäßig veranstaltet werden. Aber sie ist ein geeignetes Mittel zur Bestimmung einer Ausgangslage, vor allem dann, wenn sie gleichzeitig in einem größeren Gebiet oder einer Stadt durchgeführt wird und seelsorgliche Planungen größeren Umfangs unterstützen soll.

Wir berichten hier von einer in der Zeitschrift „Social Compass“ (Bd. 4 Nr. 5—6) des Internationalen Institutes für kirchliche Sozialforschung in Genf veröffentlichten Umfrage und Zählung im Großraum der Stadt Lyon. Schema und Technik der Untersuchung sind auch in anderen Städten Frankreichs und Belgiens angewendet worden, haben also Modellwert. Man wollte Genaueres über die Zusammensetzung der Kirchenbesucher erfahren. Deshalb wurde nach Familienstand, Geburtsort, Alter, Kinderzahl, Vorbildung, Beruf, Stellung im Beruf und Arbeitsplatz gefragt. Der räumlichen Seelsorgsplanung dienten Fragen nach Wohnung und Zuzugsdatum, wodurch man das Ausmaß der Wanderungen aller Art, vor allem auch der Wanderungen zu fremden Pfarreien zu erfassen suchte. Der Fragebogen ist von raffinierter Einfachheit, so daß die Ausfüllung mühelos war und zweideutige oder ungenaue Antworten ausschloß. Die Gläubigen wurden am Zählsonntag in einer kurzen Instruktion gebeten, ihn auf der Stelle auszufüllen; das konnte in der Zeit bewältigt

werden, während der sonst gepredigt wird. Man bekam dadurch ein fast lückenloses und fehlerfreies Material, das maschinell nach den verschiedensten Gesichtspunkten ausgewertet werden konnte.

Professor Jean Labbens, Lyon, macht in seinem Bericht darauf aufmerksam, daß die Seelsorge auf lange Sicht mit einer unaufhaltsamen Zusammenballung der Bevölkerung in städtischen Großräumen rechnen und sich durch organisatorische und architektonische Planungen darauf vorbereiten muß. Dafür bietet die vorliegende Untersuchung manchen Hinweis.

Lyon, wie wohl fast alle europäischen Großstädte mit beträchtlicher katholischer Bevölkerung, hat eine vom Zufall seines Wachstums bedingte und bestimmte Pfarrorganisation. Unter den kleinen Pfarreien der City zählt die kleinste 626 Seelen; die größte in einem schnell entstandenen industriellen Massenwohnviertel hat 23 476 Bewohner. Nimmt man ganze Stadtgebiete zusammen, variiert die Größe der Pfarreien von durchschnittlich 4380 über 7210 bis zu 11 350 Seelen; entsprechend ist die Dichte der Gotteshäuser von 1 zu 820 Bewohnern über 1620 auf 4000; das Verhältnis der Sonntagsmessen von 1 zu 430 über 720 zu 1440, das des Seelsorgsklerus von 1 zu 626 auf 1 zu 6000 (Mitte zwischen 1 zu 2000 und 1 zu 3000). Das heißt, wie Labbens sich ausdrückt, das „Angebot“ der Kirche an Geistlichen, Gotteshäusern und Sonntagsmessen ist entgegengesetzt proportional zur Wohndichte.

Ihre Gewohnheiten

Der Bericht gliedert das Untersuchungsergebnis in drei Kapitel. Im ersten schildert er die Gewohnheiten der Sonntagskirchgänger. Am 21. März 1954, dem Tag der Zählung, wurden 136 640 Zählkarten ausgegeben, und zwar auf einem Gebiet, das 711 000 Einwohner aufweist. Von ihnen wohnen 471 000 im eigentlichen Stadtgebiet. Auf sie entfielen 101 050, das heißt 75 % der Gottesdienstbesuche. Davon besuchten 51 029, das heißt 40 % der Gesamtzahl der Kirchenbesucher, die Messe in den Kirchen der Stadtmitte, in einem Gebiet, in dem nur 25 % der Bevölkerung wohnen. In diesem Gebiet erweckt der Zustrom von 50 000 Menschen den Eindruck einer imponierenden Religiosität der Bevölkerung — ein täuschender Eindruck! Je mehr man in die Randgebiete kommt, um so weniger merkt man vom sonntäglichen Kirchenbesuch. Das hat natürlich psychologische Konsequenzen. In weiten Regionen sind die Kirchenbesucher ein armseliges Häuflein. Dort geht „man“ nicht in die Kirche. „In einigen Fällen ist die Katholizität kaum wahrnehmbar.“ Im Hinblick auf die Stunde der Meßbesuche steigt die Kurve vom Morgen bis um 11 Uhr ständig an. Die Abendmessen, deren es zu wenige gibt, als daß sie bekannt wären und in der Konkurrenz der Zahlen auffallen könnten, sind dennoch verhältnismäßig etwas besser besucht als die Frühmessen.

Zu bestimmten Stunden stellt man Schwerpunkte des Messebesuches nach Geschlecht, Familiensituation und gesellschaftlicher Stellung fest. Die Männer kommen zwischen 9 und 11 Uhr. Die Frauen ziehen die Früh- und Abendmessen vor. Die Verheirateten erscheinen kaum vor 10 Uhr. Bei den Arbeitern liegt der Kirchgang vor 10 Uhr, während das Bürgertum sich in der Elfuhrmesse trifft.

Auffallend hoch mit 30 % ist das Abwandern nach frem-

den Pfarreien, das fast nur für die Erwachsenen gilt, da die Kinder durch Schule und Katechismusunterricht in ihren Pfarreien festgehalten werden.

Gruppierungen und Gefälle

Das zweite Kapitel versucht, eine Gruppierung der Kirchgänger selbst nach wichtigen Gesichtspunkten der religiösen Soziographie zu geben. 37% sind männlichen, 63% weiblichen Geschlechtes. Das Überwiegen des letzteren besteht bei den Kindern noch nicht, setzt aber etwa mit dem 15. Lebensjahr ein, steigert sich mit den Lebensjahren und findet seinen Höhepunkt im Greisenalter. Eigenartig ist die Tatsache, daß in den wenig praktizierenden Außenpfarreien das männliche Element mit 46% stärker vertreten ist als im Durchschnitt der Gesamtstadt.

Sehr hoch mit mehr als 50% liegt im Verhältnis die Zahl der ledigen Messebesucher. Das Gesicht der zum Gottesdienst versammelten Gemeinde wird somit stark von der Jugend im noch nicht heiratsfähigen Alter und von den nicht verheirateten Frauen im kanonischen Alter geprägt.

70% der Sonntagskirchgänger haben eine katholische Volks-, Mittel- oder Hochschule besucht. Vom katholischen Schulsystem in Frankreich werden etwa 40% der Gesamtbevölkerung erfaßt. Diese Zahlen legen den Schluß nahe, daß im allgemeinen das laizistische Schulsystem des Staates die Trennung der Bevölkerung von der Kirche aufrechterhält oder fördert.

Ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung sieht Labbens in der Feststellung, daß der sonntägliche Kirchgang bei den 20- bis 30jährigen rapide abnimmt, vor allem bei den Männern und Frauen, die nur die Volks- und Berufsschule — sowohl die katholische wie laizistische — besucht haben. Damit leitet er zum dritten und wichtigsten Auswertungsgesichtspunkt über: Der Kirchenbesucher im Rahmen der allgemeinen Alters- und Gesellschaftsstruktur von Lyon.

22% der Bevölkerung besuchten am Untersuchungsontag die Messe. Dieser Prozentsatz bringt Lyon mit an die Spitze der französischen Großstädte. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Pfarreien verlaufen zwischen 5% und 44%. Die Gründe dafür werden noch systematisch untersucht. Die Aufschlüsselung der Kirchgänger im ganzen Untersuchungsbezirk nach Alter und Beruf im Vergleich zur Gesamtbevölkerung läßt jedoch schon wesentliche Ergebnisse deutlich werden.

Beim männlichen Geschlecht fällt der Gottesdienstbesuch nach der feierlichen Erstkommunion von 45,6% auf 9,1%, bei den Mädchen von 51,8% auf 15,2%. Bei den Frauen steigt die Zahl etwa vom 40. Lebensjahr wieder an, um bei den 70jährigen 25,3% zu erreichen. Bei den Männern beginnt der Anstieg vom 60. Lebensjahr an, um höchstens 15,2% zu erreichen. Es ist offensichtlich, daß Frauen im Greisenalter sich stärker an die Kirche anlehnen als Männer. Bei den 70- bis 80jährigen geht eine Frau von 4 wieder in die Kirche, dagegen nur ein Mann von 8.

Beruf und Gottesdienstbesuch

In Lyon sind 48% der Bevölkerung erwerbstätig. Davon stellen die Frauen mit 39% eine verhältnismäßig hohe Zahl. Mit 10% der Männer und 15% der Frauen liegt der Anteil der praktizierenden Katholiken beim beruflich aktiven Bevölkerungsteil weit unter den 22% die innerhalb der Gesamtbevölkerung den Gottesdienst besuchen.

Eine Einteilung nach Berufsgruppen zeigt folgendes Bild:

Den höchsten Gottesdienstbesuch im Rahmen der berufstätigen Bevölkerung weist die Gruppe der Richter, Hochschul- und Mittelschulprofessoren mit 45% (33% Männer und 67% Frauen) auf. In abfallender Reihe folgen: freie Berufe 44%, Industrielle und Großkaufleute 33%, Offiziere, Ingenieure und höhere Verwaltungsbeamte etwa 25%, Büroangestellte und kaufmännische Angestellte 12% (bei starkem Übergewicht der Frauen), Facharbeiter 7,2%, gelernte Arbeiter 2,7%. Bei den ungelerten Arbeitern liegt der Prozentsatz etwas höher, da manche ihre religiöse Bindung aus ihrer ländlichen Herkunft noch nicht aufgegeben haben, wie das bei den gelerten Arbeitern der Fall ist. Ein genauer Prozentsatz der Praktizierenden war hier nicht zu ermitteln. Der geringe Gottesdienstbesuch der Angestellten und Arbeiter wird noch deutlicher sichtbar, wenn man in Betracht zieht, daß diese beiden Berufskategorien 72% der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen.

Diese Zahlenreihe erlaubt zweifellos das Aufführen der bekannten sozialen Gründe für die religiöse Indifferenz der Angestellten und Arbeiter. Doch führt Jean Labbens einen weiteren, zum ersten Mal in der Diskussion auftauchenden Gesichtspunkt ein: Richter, Professoren und Angehörige der freien Berufe, die überraschend zahlreich die Messe besuchen, haben alle ein Universitätsstudium hinter sich, Industrielle, Großkaufleute, Offiziere, Ingenieure und höhere Verwaltungsbeamte zumeist ein Fachschulstudium. Alle andern Berufe, die einen viel geringeren Kirchenbesuch aufweisen, setzen nur eine Volks- und Berufsschulbildung voraus.

Somit ist nach Labbens erwiesen, daß die soziale Differenzierung nicht allein den ausschlaggebenden Grund für die religiöse Interessenlosigkeit der Masse darstellt, sondern auch der bildungsmäßige Niveauunterschied, wobei es auf die Allgemein-, nicht die Fachbildung ankommt.

Zusammenfassend stellt Jean Labbens fest, daß sich die Sonntagskirchgänger am stärksten aus den zahlenmäßig schwächsten Berufsgruppen und der nicht erwerbstätigen Bevölkerung rekrutieren, aus Gruppen also, die am wenigsten „am Produktionsprozeß und im Aufbau der Gemeinschaft engagiert sind“.

Forderungen an die Seelsorge

Aus den Untersuchungsergebnissen zieht er weiterhin einige praktische Schlußfolgerungen: Für die 9-Uhr- und 12-Uhr-Messen ist die „Nachfrage“ größer als das „Angebot“. Mehr Messen zu diesem Zeitpunkt wären daher „marktgerecht“. Auch die Abendmessen sollten besser bekannt gemacht werden und würden dann einen größeren Personenkreis anziehen.

Da manche Gottesdienstbesucher eine Sonntagsmesse in den Kapellen der Klöster, religiösen Institute oder Anstalten vorziehen, die einen intimeren Charakter und eine intensivere Gemeinschaftsatmosphäre bieten, sollten Gemeinschaftsmessen für ganz bestimmte Personenkreise, die sich sonst der Gottesdienstpflicht entziehen würden, zwischen dem Pfarrklerus und den zuständigen Anstaltsgeistlichen abgesprochen werden.

Dem Abwandern nach anderen Pfarreien, das nun einmal dem Bewegungstrieb der heutigen Generation entspreche, könne durch eine „zwischenpfarrliche Koordination“, die einen gemeinsamen Lehr-, Predigt- und Liturgieplan um-

fasse, begegnet werden. Eine solche Koordination, die den Kirchenbesuchern überall dieselbe Lehrmethode und die gewohnten gottesdienstlichen Formen biete, sei eines der Mittel gegen die Entwurzelung des modernen Menschen. Auf weite Sicht und nach den nötigen theologischen und pastoralen Überlegungen müsse sich die Kirche ein weiteres Ziel ihrer Seelsorgearbeit stecken. Die Auswertung der Untersuchungsergebnisse sei ein Teilbeweis für diese Notwendigkeit. Die These des bildungsmäßig-kulturell bedingten Abfalls verpflichte die Kirche zu Überlegungen über die Frage, wie sie die Probleme lösen könne, vor denen sie auch in nichteuropäischen Ländern steht, nämlich ihre Existenz in einem kulturellen Raum präsent zu machen, in den sie bis jetzt aus historischen Gründen noch nicht eindringen konnte. Dazu helfe alles, was die Soziologie an Erkenntnissen über die moderne Gesellschaftsstruktur herausarbeite. Mit ihrer Hilfe könne sich die Kirche wieder in der heutigen technisch-städtischen Massenzivilisation verankern. Für einen solchen Vorgang gibt es einen erfolgreichen Präzedenzfall in der Kirchengeschichte: Das Frühchristentum entwickelte sich ebenfalls in urbanen Lebensformen und in einer städtischen Zivilisation und trat von dort aus seinen Siegeszug in die Welt an.

Die belgischen Katholiken und ihre Schulen An einem noch nicht festgelegten Datum dieses Frühjahrs, im April oder Mai, werden die belgischen Wahlen stattfinden. Sie stehen für die belgischen Katholiken in erster Linie im Zeichen des sogenannten Schulkampfs, bei dem es um das Bestehen der freien, d. h. der nichtstaatlichen, zumeist katholischen Schulen geht. Als dieser Kampf im Jahre 1955 infolge der Bestimmungen der sogenannten „lex Collard“, die den größten Teil der staatlichen Zuschüsse an die freien Schulen strich, ihren Höhepunkt erreichte, haben wir fortlaufend ausführlich darüber berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 200, 297 f., 347 f., 493 f., 539; 10. Jhg., S. 107 f.). Infolge des Mangels an finanzieller Unterstützung von seiten der Regierung konnten mehrere katholische Schulen zu Beginn des neuen Schuljahrs im September 1957 nicht wieder eröffnet werden. Anfang 1957 war die Besoldung der Lehrer an den katholischen Schulen schon so schwierig geworden, daß über 2000 Lehrer sich mit Gehältern begnügen mußten, die unter dem Minimum dessen lagen, was die Gewerkschaften für ungelernete Arbeiter festgelegt haben. Kredite für Schulneubauten wurden von der Regierung ebenfalls gesperrt, obwohl diese Schulbauten nach den gesetzlichen Bestimmungen zugelassen sind. Drei Neubauten und 18 Erweiterungsbauten warten seit Januar 1956 vergeblich auf den ihnen zustehenden Kredit. Eine Anzahl von katholischen Schulen, die auch nach der „lex Collard“ noch Anspruch auf Subsidien haben, warten ebenfalls seit Januar 1957 vergeblich darauf.

Das katholische Schulwesen ist daher auf die Selbsthilfe der Katholiken angewiesen. Schon sofort im Jahre 1955 wurde eine „Schul- und Familienbewegung“ gegründet, die die Sammlung von Geldern für die Schulen in die Hand nahm. Diese Schul- und Familienbewegung hat Mitglieder in 3410 von Belgiens 3730 Pfarreien. Mehr als 100 000 freiwillige Mitarbeiter haben seither eine Summe von fast 6 Millionen Dollar zusammengebracht. Dieses Geld wird an bedürftige Schulen in allen Provinzen durch ein besonderes Komitee verteilt. Aber diese Hilfe reicht

bei weitem nicht aus, um das jährliche Defizit des freien belgischen Schulwesens von 11 Millionen Dollar zu decken. Da man außerdem eine Zunahme der Schülerzahl der katholischen Schulen in Belgien um rund 40 000 Schüler bis 1960 voraussieht (in der Erzdiözese Mecheln allein war die Schülerzahl der katholischen Institute 1957 um 8% größer als 1956), werden für ihre Versorgung etwa 80 Millionen Dollar notwendig werden. Gegenwärtig besuchen mehr als eine Million Schüler die katholischen Schulen; die katholischen höheren Schulen allein zählen 250 000 Studenten in 1420 Instituten.

Angesichts dieser Lage hat sich Kardinal van Roey entschlossen, einen Kredit in Höhe von 1 200 000 Dollar auf zwölf Jahre zu 5% aufzunehmen. Diesen Entschluß gab er im November des vergangenen Jahres auf einer Tagung bekannt, an der der Klerus und die Direktoren von 60 Schulen der Erzdiözese Mecheln teilnahmen. Der Kardinal erklärte: „Wir setzen das Vertrauen in unsere bemittelten Diözesanen, daß sie die wichtigsten Gründe dieses Entschlusses verstehen und uns helfen werden, die große Sache des freien Unterrichts zu retten, indem sie uns einen Teil ihrer verfügbaren Gelder leihen.“

Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß, trotz der Opferbereitschaft der belgischen Katholiken gegenüber der Not ihrer Schulen, das katholische Schulwesen auf die Dauer nur durch eine völlige Neuregelung des staatlichen Zerschulwesens gerettet werden kann. Und das wiederum ist nur möglich, wenn die Neuwahlen im Frühjahr das Regime der seltsamen liberal-sozialistischen Koalition, das gegenwärtig in Belgien herrscht, stürzen und ein neuer Kurs eingeschlagen werden kann.

Die belgischen Bischöfe, mit Kardinal van Roey, Erzbischof von Mecheln, an der Spitze, haben bereits im Juni und Juli des vergangenen Sommers ihrem Klerus Richtlinien für die kommenden Wahlen gegeben (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 559), die davon ausgingen, daß „die gegenwärtig an der Macht befindlichen Parteien, wenn sie nach dem kommenden Wahlen weiterhin an der Macht blieben, ihre Feindseligkeiten und verhängnisvollen Aktionen gegenüber der katholischen Kirche“ keineswegs einstellen würden, die sich darin äußern, daß sie „den Einfluß der katholischen Religion und ihrer Einrichtungen... systematisch behindern und hintertreiben“. Die Richtlinien liefen darauf hinaus, daß die Katholiken sich nicht zersplittern dürften und schließlich praktisch nur die Christlich-soziale Partei wählen könnten. Da das konservative Element in dieser Partei vorherrschend ist, befinden sich gewisse soziale Bewegungen wie die „Équipes Populaires“, die in wallonischen Arbeiterkreisen wirken, oder andere Gruppen der Christlichen Arbeiterbewegung, wie die JOC und die christlichen Gewerkschaften, in einer schwierigen Lage. Die „Équipes Populaires“ z. B. nehmen folgende Haltung ein: „Die Unterrichtsfreiheit kann nicht das einzige Kriterium sein, nach dem der christliche Wähler sich entscheidet; unter den gegenwärtigen Verhältnissen des politischen Lebens in Belgien stellt sie jedoch das wichtigste Kriterium dar.“ In der Praxis wird es darauf hinauslaufen, daß die Mitglieder der Équipes und anderer gleichgesinnter Gruppen auf der christlich-sozialen Liste solche Kandidaten zu wählen haben, die zugleich auch Garantien für eine echte Sozialpolitik geben. Man erwartet, daß Persönlichkeiten aus der Katholischen Aktion auf diesen Listen erscheinen werden.

Die Volkssprache für Epistel und Evangelium in Belgien

Der Erzbischof von Mecheln, Kardinal van Roey, hat im Dezember mitgeteilt, daß das Heilige Offizium nun auch für die Erzdiözese Mecheln die Erlaubnis erteilt hat, daß Epistel und Evangelium in Hochämtern und stillen Messen in der Volkssprache von Priester, Diakon oder Subdiakon gelesen oder gesungen werden dürfen, wenn sie vorher in lateinischer Sprache gelesen oder gesungen worden sind. Diese Regelung entspricht genau der, die für den Bereich aller Diözesen Frankreichs im November 1956 erteilt worden ist (und über die wir im 11. Jhg. der Herder-Korrespondenz, S. 360 berichtet haben). Die vorgetragene Übersetzung — es handelt sich in der Erzdiözese hauptsächlich um flämisches Land, dessen Schriftsprache Niederländisch ist — muß vorher approbiert sein.

Abendmessen in London

Nach NCWC News-Service (30.12.57) wird ab 1. Januar dieses Jahres an jedem Abend in der Westminster-Kathedrale in London eine Abendmesse gehalten, um den Gläubigen den häufigeren Kommunionempfang zu ermöglichen. Erzbischof William Godfrey von Westminster hat gleichzeitig angeordnet, daß die Sonntagmorgengottesdienste in der Kathedrale anstatt 30 Minuten, wie bisher, jetzt dreiviertel Stunde dauern sollen, damit eine kurze Predigt gehalten werden kann. In diesem Zusammenhang wird auch bekannt, daß die sogenannte Lunch-time-Messes, das sind die Messen, die am frühen Nachmittag gehalten werden, sich außerordentlich bewährt haben und in der Westminster-Kathedrale zu einer festen Einrichtung geworden sind.

Aus Manchester wird bekannt, daß in der dortigen St.-Michaels-Kirche jetzt an den Sonntagen eine Frühmesse um 4.50 Uhr für Journalisten, Drucker und andere Zeitungsberufe eingeführt worden ist, die um diese Zeit ihre Arbeit beendet haben.

Aus Amerika

Missionsabkommen zwischen dem Heiligen Stuhl und Bolivien

In unserem ausführlichen Beitrag über Kolumbien (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 231 ff.) haben wir das Missionsmonopol dargestellt, das die katholische Kirche in den unwegsamen, schwach besiedelten und kaum missionierten Ostgebieten des Landes genießt. Ganz ähnlich — geographisch, ethnographisch wie religiös — ist die Situation in dem gleich großen, einige tausend Kilometer weiter südlich gelegenen Binnenstaat Bolivien, der durch Perú und Chile vom Pazifik, durch Brasilien vom Atlantik getrennt ist und im Süden noch an Argentinien und Paraguay grenzt. Nach der Befreiung von Spanien umfaßte Bolivien drei Millionen Quadratkilometer, verlor aber in den darauffolgenden 120 Jahren nahezu zwei Drittel dieses Gebiets an Brasilien, Paraguay, Argentinien und Chile (was dem Land noch heute eine nicht unbeträchtliche Hypothek an politischen Ressentiments auferlegt). Immerhin blieb noch ein Gebiet in der Größe des kontinentalen Westeuropas, das von rund vier Millionen Menschen — davon die Hälfte Indianer und ein Drittel Mestizen — bewohnt wird. Wirtschaftlich ist Bolivien „ein Bettler, der auf einem goldenen Stuhl sitzt“: Die außerordentlichen Mineralschätze sind noch kaum erschlossen, und landwirtschaftlich genutzt sind ausge-

rechnet lediglich jene zwei Prozent, die dafür am wenigsten geeignet sind. So muß jenes Land, das eine der größten Schatzkammern der Erde sein könnte, für seine paar Menschen noch die meisten Lebensmittel einführen.

Mission im Niemandsland

Fast neunzig Prozent der Bevölkerung wohnen im Südwesten auf jener Hochfläche zwischen der westlichen und östlichen Kette der Anden, die mit ihren 3000 bis 4000 Metern Höhe (die Hauptstadt La Paz liegt z. B. 3700 Meter hoch) „das Tibet Südamerikas“ heißt, aber flächenmäßig nur ein Fünftel des Landes ausmacht. Stark eingeschnittene Täler ziehen sich nach Nordosten hinunter in die tropischen Regenwälder Amazoniens, nach Südosten in die klimatisch extreme Trockensteppe des Gran Chaco. Dorthin (und zwar selbst nach der noch in halber Höhe und verhältnismäßig zentral gelegenen 40000-Einwohner-Stadt Santa Cruz) gab es bisher keine andere Verkehrsverbindung als das Flugzeug. Erst vor zwei Jahren konnte unter außerordentlichen Kosten eine 400 Kilometer lange Straße nach Santa Cruz gebaut werden — von der eigentlichen Tiefebene und den riesigen Urwäldern ganz zu schweigen.

Die Kirche aber — das verdient gewürdigt zu werden — hat sich nicht auf die erschlossenen Hauptwohngebiete beschränkt, sondern in dem verlassenen Niemandsland von 1917 bis 1951 die sechs Apostolischen Vikariate Beni, Cuevo, Chiquitos, Nuflo de Chávez, Pando und Reyes errichtet — Namen, die man nur mit Mühe in Fachatlanten finden kann, die aber von der äußersten Nordecke (Riberalta) bis an die argentinische Grenze reichen. Hier wirken Franziskaner (in vier Vikariaten), Maryknoller Missionare und Redemptoristen aus Deutschland, Spanien, Italien, den USA und Lateinamerika zusammen mit Ordensschwwestern: wirklich „an den äußersten Grenzen der Erde“, trotzend einem mörderischen Klima, einer völligen Abgeschlossenheit, vor allem aber den Schwierigkeiten, die sich aus ihrem Personalangel ergeben. Sie missionieren die Eingeborenenstämme der Aymarás (eine Million) und der Quechuas (750 000), die zwar in der Mehrzahl schon getauft sind, aber ihrem alten heidnischen Kult huldigen und dem „Pachacamac“, dem großen unbekanntem Schöpfer und Erhalter des Alls, dessen Namen man nicht ausspricht, opfern. Ein Teil ist sesshaft, ein Teil aber auch Nomaden, die sich der Berührung mit den Weißen noch entziehen. Es handelt sich um einen gesunden, intelligenten Menschenschlag. In Nuflo de Chávez, wo für 25 000 Eingeborene 20 bayerische Franziskaner, 12 mexikanische Schwestern und 4 Haller Schulschwester arbeiten, hat man die besten Erfahrungen mit einer „Reduktion“ nach altem Muster gemacht, d. h. mit einer Siedlung, wo einige hundert Indianer gegen Unterhalt und Vergütung für die Missionsstation arbeiten und dabei selbst landwirtschaftlich, schulisch und religiös herangebildet werden.

Demokratie der Analphabeten

Politisch hat das Land eine ausgeprägte Präsidialverfassung, die nach dem Chacokrieg der dreißiger Jahre eine nationalistische Bewegung an die Macht brachte (unterbrochen von etlichen Staatsstreichen und Militärputschen, wie sie in Lateinamerika an der Tagesordnung sind). Unter dem USA-feindlichen Präsidenten Victor Paz Estenssoro, der 1952 die mächtige Zinnproduktion ver-

staatliche, erhielten die Indianer das Wahlrecht. Die drei großen Dynastien der im Ausland lebenden Bergwerks- und Großgrundbesitzer wurden ausgeschaltet, ihre Lati-fundien in Kleineigentum übergeführt. Das Regime war nicht gerade kirchenfeindlich, zeigte aber beträchtliche etatistische Tendenzen, so daß es in den letzten Jahren in den Fragen des Schulwesens, der Ehescheidung und der sozialen Aktivität der Katholischen Aktion zu Kontroversen mit dem Episkopat kam. Von großem Einfluß ist zudem die marxistische Einheitsgewerkschaft unter der Leitung des aus Syrien stammenden Juan Lechin.

Bei den Neuwahlen des 17. Juni 1956 gingen zum ersten Mal auch die Analphabeten zur Wahlurne, die mit einem Anteil von 80 Prozent in Lateinamerika den Rekord halten. Mit weitem Vorsprung siegte wiederum die „National-Revolutionäre Bewegung“ und ihr Kandidat, der vorherige Vizepräsident Hernán Siles Zuazo. Er gilt als noch gemäßigter als sein Vorgänger und Parteifreund und konnte die Beziehungen zur Kirche weiter verbessern. Durch Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl wurde Einigung über ein Abkommen erzielt, das den in beispielhaftem Opfermut arbeitenden Missionsvikariaten wenigstens das Minimum an Förderung und Sicherung garantiert, das der Staat ihnen bieten kann.

Die Kirche als Kulturträger

Das Abkommen wurde am 4. Dezember 1957 in La Paz vom Apostolischen Nuntius in Bolivien und vom bolivianischen Außenminister unterzeichnet. Es gilt für zunächst zehn Jahre und verlängert sich bei Nichtkündigung stillschweigend um jeweils weitere zehn Jahre.

In den ersten Artikeln des Vertrags wird das Missions- und Kultivationswerk der katholischen Kirche vom Staat anerkannt und gewürdigt und ihr das Recht zugesprochen, außer den aufgeführten sechs Apostolischen Vikariaten neue zu gründen oder die bestehenden zu teilen. Die Vikariate, die vom Heiligen Stuhl dafür eingeteilten Kongregationen und die von ihnen errichteten Pfarreien, Kirchen und Körperschaften genießen die Rechte von juristischen Personen (darum ging lange Zeit die Kontroverse). Die Missionare erhalten von der Regierung besondere Beglaubigungsschreiben, die ihnen Verkehrserleichterungen und eine bevorzugte Behandlung durch die zivilen und militärischen Stellen sichern. Sie unterstehen aber nicht den Vorschriften für Staatsbeamte und der Disziplinargewalt der Behörden.

Art. 5 gibt den Apostolischen Vikaren das Recht, Schulen aller Art zu errichten und in den Staatsschulen ihrer Jurisdiktion die religiöse und moralische Unterweisung zu leiten. Die kirchlichen Lehrer werden wie die Staatslehrer besoldet und sozial eingestuft. Nach Art. 7 werden sich die Vikare auch um den wirtschaftlichen Aufbau ihrer Gebiete bemühen, während sie der Staat umgekehrt bei der Bereitstellung der landwirtschaftlichen Ausrüstung und der Gründung von Genossenschaften unterstützt. Die Liegenschaften, Kirchen, Schulen, Krankenhäuser und Wohlfahrtseinrichtungen der Missionsgebiete unterliegen nicht der Besteuerung, ebensowenig ein für landwirtschaftliche oder industrielle Unternehmen verwendeter Grundbesitz bis zu 2000 Hektar. Diese wirtschaftlichen Gründungen bleiben unbegrenzt im Eigentum der Vikariate. Die Einfuhr von Maschinen und Fahrzeugen ist steuerfrei. Nach Art. 14 wird die Regierung für die Unterstützung im Aufbau von Kirchen, Schulen und Wohlfahrtseinrich-

tungen einen besonderen Posten im Staatsetat einsetzen. Für den Personalunterhalt erhält jedes Vikariat jährlich eine globale Summe von nicht genannter Höhe.

Die Apostolischen Vikare und ihre in der Landeshauptstadt zu ernennenden Prokuratoren, d. h. Vertreter gegenüber der Staatsregierung, genießen Gebührenfreiheit im Post- und Telegrafendienst, sämtliche Missionare zudem in den staatlichen Luftverkehrslinien sowie 50 Prozent Ermäßigung in den nichtstaatlichen Flugzeugen, in der Eisenbahn und für Frachtgut von der Hauptstadt her.

Von nichtkatholischen Religionsgemeinschaften ist im ganzen Abkommen weder positiv noch negativ die Rede, auch nicht von einer Ausschließlichkeit katholischer Missionsarbeit. Sinngemäß ist aber sicherlich darauf abgezielt.

Ein Kreuzzug im ganzen Land

Das Abkommen sichert der Kirche weitgehende Vollmachten nicht nur in ihrem religiösen Bereich, sondern auch für den Aufbau einer Gesellschafts-, Wirtschafts- und Bildungsordnung in den bolivianischen Eingeborenen-gebieten. Es bringt fast eine Neuauflage des spanischen Vizekönigtums („Virreyes“), abgeändert im Sinne einer republikanischen Staatsform und ausschließlich der Kirche übergeben. Der „Jesuitenstaat“ in Paraguay im 17. und 18. Jahrhundert bleibt das unübertroffene Beispiel kolonialen Aufbaus in Lateinamerika.

„Die Evangelisierung der Eingeborenen auf dem Lande ist die notwendige Voraussetzung für ihre Eingliederung in das bürgerliche und kulturelle Leben Boliviens“, lautete die grundlegende EntschlieÙung eines Nationalkongresses für die religiöse Erziehung. Der Erzbischof und Metropolit von Sucre (der einstigen Hauptstadt), Clemente Maure, hat die ganze Nation zu einem „Kreuzzug für die christliche Kultur“ zugunsten der indianischen Landbevölkerung aufgerufen und die sofortige Errichtung neuer Gruppen der „Katholischen Aktion des Landvolks“ gefordert.

Würde man die Seelsorgsarbeit nur nach den Gesetzen des wirtschaftlichen Nutzens betrachten, so wäre die Mission im bolivianischen Urwald eine Vergeudung knapper Kräfte an der Stelle des geringsten Effekts. Die Kerngebiete Boliviens bedürfen selbst der Missionierung. Die Eingeborenen dort sind mit Mühe und Not getauft, haben aber nicht einmal ein Minimum an religiösem Wissen. Nur ein Beispiel: Die alte Diözese Oruro, günstig im westlichen Hochland an der Eisenbahnlinie gelegen, umfaßt ein Gebiet von knapp der Größe Bayerns und rund 200 000 Seelen. Für die 66 Kirchen und Kapellen stehen nur 33 Priester zur Verfügung. Der Bischof erhält monatlich 42 Mark Gehalt, von dem er nicht nur seinen Lebensunterhalt, sondern auch seine Diözesanwerke finanzieren soll. In zerschlossener Kutte durchzieht er mit einem Fahrrad seine Diözese, Dörfer von trostloser Armut und Primitivität, die oft schon jahrelang keinen Priester mehr gesehen haben. In der Regel ist er mehr Sanitärer als Seelsorger. Die Menschen können oft kaum mehr das Kreuzzeichen und erwarten von ihm die Beschwörung der bösen Geister. Für den Aufbau katholischer Schulen und Bildungswerke fehlt sowohl Geld wie Personal („La Croix“, 20. 4. 56).

Wenn man dies liest, muß man das luxuriös klingende Missionsabkommen erheblich realistischer bewerten. Ist der Einsatz in den Missionsgebieten dann überhaupt noch gerechtfertigt?

Die Kirche hat aber immer erfahren, daß Gott die Opfer für die Mission in hundertfältiger Frucht zurückzahlt — gerade jenen, die aus eigener Bedürftigkeit und Not opfern. Auch in Bolivien hat die Mission die Stammkirche befruchtet. Der „Kreuzzug“, zu dem der Erzbischof von Sucre aufrief, hatte einen unerwartet großen Erfolg. Innerhalb von zwei Wochen gingen allein in der Diözese Cochabamba hunderttausend Menschen zu den Sakramenten; achttausend wilde Ehen konnten kirchlich legalisiert werden, und der Besuch der Gottesdienste und der Katechismusklassen stieg beträchtlich an. Martín Brugarola SJ, der bekannte spanische Soziologe, scharte in seinen Vorträgen bis zu zehntausend Menschen um sich. Auf dem südlichen Hochland errichteten zwei Maryknoller Missionare eine kirchliche Rundfunkstation nach dem Vorbild Kolumbiens.

Auch die Zahl der Priesterberufe ist in den letzten Jahren ein wenig angestiegen. Mehr Priester: das ist freilich noch immer das größte Anliegen der bolivianischen Kirche — in den Diözesen in 4000 Meter Höhe ebenso wie in den Vikariaten der tropischen Urwälder.

Billy Graham Billy Graham hat mit der offenen Bibel in der Hand und mit dem Argument „Die Bibel sagt“ in den letzten zehn Jahren gut vierzig Millionen Menschen angesprochen. Das ist, so schreibt der amerikanische Ekklesiologe Gustav Weigel SJ in „America“ (4. 5. 57), eine Tatsache, an der man nicht einfach vorbegehen kann.

Dieses gewaltige Auditorium beweist zunächst den Hunger nach religiöser Wahrheit. Es ist die religiöse Botschaft, die diese Menschen anspricht in Verbindung mit dem persönlichen Fluidum, das von ihrem Verkünder ausgeht. Graham macht keinen Anspruch auf Gelehrsamkeit. „Seine Botschaft ist religiös; darin liegt ihre tiefste Attraktion.“

Graham bedient sich der alten Technik der Erweckung. Die Menschen aus ihrer religiösen Lethargie aufzuwecken, das ist ein Anliegen der großen Prediger jeder Religion. Im protestantischen Raum hat die Erweckung allerdings einen andern Sinn als für die Katholiken: es geht um die Erfahrung, durch Christus gerettet zu sein, und um die Bezeugung dieser Erfahrung. Nicht die Bibel, sondern der Verkünder steht zuletzt für diese Erfahrung ein, wenn er sich auch auf die Bibel beruft, um diese Erfahrung zu stützen. Er spricht die Hörer von der emotionalen Seite her an.

So spricht auch Graham, jedoch aus einer Erfahrung und in einer Weise, die die Einstellung des modernen Menschen zum Weltbild der Bibel berücksichtigt und deshalb die buchstäbliche Exegese ebenso vermeidet wie die phantastische Schilderung, mit der die früheren Erweckungsprediger Eindruck machten, dann aber an den popularisierten Erkenntnissen der Natur- und Geschichtswissenschaft scheiterten. Graham stützt sich zwar ebenso wenig wie seine Vorgänger auf Argumente der Vernunft; er ist ein Bibelchrist. Jedoch setzt er sich nicht in Gegensatz zur Wissenschaft, sondern bedient sich ihrer zur Illustration seiner Gedanken und zur Unterstützung des Bibelwortes. Aber es geht ihm nicht eigentlich um Beweise oder um den Literalsinn des Gotteswortes. Er verkündigt das, was ihm persönlich als der religiöse Sinn des Gotteswortes erscheint. Es ist evident, daß diese Ver-

kündigung keine Garantie für die Wahrheit des verkündigten Gedankens besitzt. Aber das beeinträchtigt ihre Wirkung nicht.

Im Grunde läßt sich die Methode Grahams als Autosuggestion bezeichnen. „Sie kann erheben und bekehren; aber sie ist unkritisch, sie ist ein un-intellektueller Weg, die Fragen der tiefsten Sorge des Menschen zu beantworten. Sie ersetzt die Wahrheit des ‚so ist es‘ durch den Wunsch ‚so soll es sein‘.“ Graham sagt aus, daß sein eigenes Leben durch den Glauben an die Botschaft der Bibel die entscheidende Wende genommen hat und daß er seinen Hörern das gleiche vermitteln möchte. Daß er diese Botschaft richtig versteht, setzt er einfach voraus und stützt diese Voraussetzung durch einzelne Belege. Er überzeugt dadurch, daß er die Hörer ermutigt, ihre eigene Erfahrung zu machen: „Probieren Sie es, und Sie werden zufrieden sein. Ich weiß es, weil ich es selbst erfahren habe. Mit anderen Worten: es ist wahr, weil es bei mir gewirkt hat.“ Das Neue an Graham und das Geheimnis seiner Wirkung besteht also nicht in einem besonderen Charisma, mittels dessen er vermöchte, den Wein des Evangeliums in neue Schläuche zu gießen, das heißt die Gotteskraft des Evangeliums (vgl. Röm. 1, 16) zu neuem objektivem Leuchten zu bringen. Er vermeidet lediglich die Übertreibungen des früheren Erweckertums, rührt aber im Grunde genommen genauso wie jenes an die Emotionen seiner Zuhörer und weist den Intellekt in die Rolle des Unwichtigen. Er will nicht eigentlich verkündigen, was wahr ist, sondern was guttut. Er versucht, „die Wahrheit durch Willenskraft zu finden.“

Billy Graham ist ein „Fundamentalist“ neuen Stils. Er verschwendet keine Zeit mit Verbalexegese oder Bibelkritik. Er hat das Gespür dafür, daß eine zu weit getriebene Entmythologisierung den Gläubigen und sogar den Suchenden genauso abschreckt wie der einstmals eindrucksvolle Phantasieeichtum der allegorisierenden Exegese. Er sagt den Hörern genau das, was sie wünschen, wenige, fundamentale, psychologisch realisierbare gute Botschaften. Ist das nicht, so fragt Weigel, ein wichtiger Hinweis für unsere Verkündigung?

Auswirkungen der Erweckungskampagnen

Man hat versucht, die sichtbaren Wirkungen der Erweckungspredigten Grahams zu ermitteln. Zu diesem Zweck wurden in London, wo Graham vor fast zwei Jahren seinen Erweckungsfeldzug führte, Rückfragen in 20 Kirchengemeinden mit 400 000 Seelen gehalten. C. Northcott berichtete darüber in „The Christian Century“. Nach seinem Bericht haben 336 Personen durch die Predigten Grahams den Weg zu diesen Gemeinden gefunden. 226 waren frühere Kirchenbesucher, 110 neugewonnene Gläubige. Aber nur 36 von diesen kommen heute noch regelmäßig zur Kirche.

Nach den Angaben der befragten Kirchengemeinden sind aber gewisse indirekte Wirkungen der Mission Grahams zu verzeichnen: Die Meldungen zum kirchlichen Gemeindedienst haben seitdem zugenommen; weitere Erweckungsfeldzüge sind ohne Mitwirkung der Kirchen durch die Tätigkeit Grahams angeregt worden, die mit ihrer Methode betonter Bibeltreue, Verheißung der Gewißheit der persönlichen Rettung und „salbungsvoller“ Frömmigkeit die kirchliche Evangelisation im Erfolg übertreffen mögen.

Andererseits stellt der Bericht von Northcott fest, daß

es auch Billy Graham nicht gelungen ist, in die Masse der Kirchenfremden wirksam einzudringen. Die Suggestion des persönlichen Heilserlebnisses sei, wie sich zeigt, kein Ersatz für die langsamere und schwierigere Methode der allmählichen Durchdringung des öffentlichen Lebens, seiner Organisationen und Bewegungen mit der Botschaft des Evangeliums.

Auch aus New York, wo Billy Graham in den letzten Jahren Tausende um sich sammelte, wird berichtet, daß die außerkirchliche Welt sich von seinen Predigten wenig beeindruckt zeigte, während er die Christen der verschiedensten evangelischen Denominationen sehr stark ergriffen hat. Er hat das Verdienst, die in ihrem Kirchenglauben entmutigten Gemeindeglieder mit neuem Glaubensgeist erfüllt zu haben. Aber es sei traurig, daß auch seine Verkündigung nicht vermocht habe, die Brücke zwischen Christentum und den ungläubigen, resignierenden Massen zu schlagen.

Aus dem Nahen Osten

Der Streit um die Mischehen Das Problem der Mischehen zwischen Juden und Nichtjuden in Israel (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 166) wurde durch einen neuen Zwischenfall wieder in den Vordergrund gerückt. Es ist dabei bezeichnend, daß nicht die grundsätzlichen Fragen, wie etwa das Verhältnis zwischen Gemeinde und Nation, zum Anlaß genommen werden, um die nun einmal bestehenden Probleme zu klären. Es sind vielmehr die Fälle, die sich aus dem täglichen Leben zwangsläufig ergeben, wie etwa die Geburt oder der Tod eines Menschen, und die zu bestimmten praktischen Entscheidungen zwingen, an denen sich der Streit zwischen den „liberalen“ und den streng gläubigen Teilen der Bevölkerung entzündet, oder die religiöse Zwiespältigkeit der nationalen Institution Israels, des Staates, offenbar wird. So beschäftigte sich das israelische Parlament Ende November 1957 mit dem Fall eines Mädchens, Tochter einer nichtjüdischen Mutter und eines jüdischen Vaters, das in Pardess-Chanah gestorben war und dem das Rabbinat das Begräbnis verweigert hatte, da es offensichtlich nicht der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörte. Von einigen „liberalen“ Mitgliedern des Parlaments wurde bei dieser Gelegenheit gefordert, die Regierung möge neben den Friedhöfen der Religionsgemeinschaften staatliche Friedhöfe errichten, auf denen auch Personen begraben werden könnten, die keiner bestimmten Religionsgemeinschaft angehörten bzw. kein religiöses Begräbnis wünschten.

Diese Forderung entspricht ihrer Art nach der Forderung nach Einführung der Zivilehe, die immer wieder gestellt wird, nur sind in diesem Falle die Aussichten der „Liberalen“ sehr viel größer, denn die Konsequenzen, die sich aus der Errichtung staatlicher Friedhöfe ergäben, wären nur geringfügig.

Der Fall selbst hat in und außerhalb Israels nicht geringes Aufsehen erregt und hat zu keineswegs berechtigten Angriffen gegen das Rabbinat geführt. Juristisch war das Rabbinat mit der Verweigerung des Begräbnisses zweifellos im Recht. In Israel gilt nach wie vor das Milletsystem (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 31 ff.), das den Religionsgemeinschaften uneingeschränkte Autonomie in Fragen des religiösen Rechtes und eine weitgehende Jurisdiktion in den Fragen des Familienrechtes gewährt und so

folgerichtig auch das Begraben der Toten, das ja bei allen Konfessionen mit einem religiösen Zeremoniell verbunden ist, den Religionsgemeinschaften überläßt. Der Staat selbst hat in diesen Dingen keinerlei Rechte. Auch das Gesundheitsamt hat nur das Recht bzw. die Pflicht der Ausstellung des Totenscheines und der Überwachung des Begräbnisses, soweit eine Gefahr für die Gesundheit der Lebenden damit verbunden sein könnte (ungeklärt bleibt dabei, was mit einem Toten zu geschehen hat, den keine Religionsgemeinschaft begraben will). Die Religionsgemeinschaften erhalten so ein Monopol über das Begräbniswesen.

Das Rabbinat war bisher in der Praxis gerade was das Begräbniswesen betrifft, sehr großzügig und begrub alle Personen, die irgendwie als Juden anzusehen waren (in religiöser Hinsicht hat das Begräbnis vor allem die Bedeutung eines Werkes der tätigen Nächstenliebe, zu dem sich die Ausführenden zu „Heiligen Gemeinschaften“ zusammenschließen). Auch Konvertiten aus dem Judentum, deren Konversion nicht bekannt war, wurden und werden gelegentlich auf jüdischen Friedhöfen beigesetzt. Das Rabbinat ließ grundsätzlich jeden nach jüdischem Ritus bestatten, von dem nicht eindeutig erwiesen war, daß er kein Jude sei, und da niemand an der Beibringung dieses Beweises interessiert war, kam es auch fast nie zu Streitfällen. (Eine Ausnahme war der Fall eines Konvertiten, der im Jahre 1948 von Arabern ermordet wurde und dessen sterbliche Überreste sowohl vom katholischen Patriarchen als auch vom Rabbinat beansprucht wurden.)

Der Fall von Pardess-Chanah zeigt, daß das Rabbinat in der Frage der Mischehen nunmehr strengere Maßstäbe anlegen will (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 167). Das verstorbene Mädchen war das Kind einer katholischen Mutter und eines jüdischen Vaters. Da weibliche Kinder einer nichtjüdischen Mutter erst nach Erreichung der religiösen Mündigkeit in die jüdischen Glaubensgemeinschaften aufgenommen werden können, stand eindeutig fest, daß das Mädchen nicht als Jüdin anzusehen war. Das Rabbinat lehnte also die Bestattung zu Recht ab. Nach zuverlässigen Angaben privater Herkunft soll auch der katholische Pfarrer von Haifa die Beisetzung des Mädchens verweigert haben, da es nicht getauft war — also aus gleichen Gründen wie das Rabbinat. Wie es scheint, wurde das Kind dann auf einem privaten Grundstück begraben.

Der Fall ist symptomatisch für die zur Zeit in Israel herrschenden Verhältnisse: Das Rabbinat ist willens, alle Möglichkeiten, die ihm durch das Milletsystem an die Hand gegeben sind, auszunutzen, um auf die große Zahl der in Mischehen lebenden Personen einen Druck auszuüben. Unter den gegebenen Verhältnissen ist es in Israel sehr schwer zu leben, ohne einer anerkannten Religionsgemeinschaft wenigstens dem Namen nach anzugehören. Es ist in vielen Fällen aber keineswegs so, daß es nur eine Möglichkeit der Entscheidung gäbe. Es wäre durchaus möglich, daß sich nicht wenige von den betroffenen Personen dazu entschließen könnten, sich einer christlichen Religionsgemeinschaft anzuschließen — das Rabbinat scheint diese Möglichkeit nicht zu sehen.

Wie kompliziert dabei die Situation der christlichen Glaubensgemeinschaften ist, zeigt gerade der Fall von Pardess-Chanah. Der katholische Pfarrer von Haifa hätte vielleicht die Möglichkeit gehabt, den Leichnam des verstorbenen Mädchens aus Nächstenliebe zu begraben.

Wäre dies geschehen, dann hätte man mit Sicherheit erwarten dürfen, daß sich ein gleicher Fall nicht wiederholt hätte, denn das Rabbinat ist für derartige Dinge nicht unempfindlich und hätte sich bald auf andere Möglichkeiten, die für die Bestattung von Nichtjuden in Frage kommen, besonnen. Andererseits war es vielleicht nicht unklug, daß der katholische Pfarrer wenigstens in diesem Fall das Begräbnis verweigerte, um allzu großes Aufsehen zu vermeiden. (Aus ähnlichen Gründen verzichten die christlichen Religionsgemeinschaften zuweilen auch darauf, Konvertiten, die eindeutig Christen sind, auf ihren Friedhöfen zu bestatten, wenn die Konversion nicht bekannt war.)

Das Rabbinat hat, wie gesagt, in der Beerdigungsfrage nun einen schwachen Stand. Es kann zwar verlangen, daß alle Juden von ihm begraben werden, kann aber dem Staat nicht das Recht streitig machen, konfessionslose Personen zu bestatten, da es hierdurch in seinen Rechten nicht geschmälert wird. Eine solche Regelung wäre in jedem Fall vorzuziehen. Sollte sie jedoch nicht zustande kommen, dann würde eine Überprüfung der Frage seitens der christlichen Glaubensgemeinschaften wohl notwendig werden, denn das Bestatten der Toten ist nun einmal ein Akt der Nächstenliebe. Wenn man aus der bisherigen Praxis schließen darf, dann ist es sehr wahrscheinlich, daß die protestantischen Kirchen in Israel sich dieser Dinge annehmen werden.

Aus den Missionen

Daß der Glaube an Gott das Fundament der Verfassung des indonesischen Staates bleibe. Missionsgebetsmeinung für März 1958

Niemand kann der Missionsgebetsmeinung des kommenden Monats höchste Aktualität absprechen. Befindet sich doch Indonesien in einer Staatskrise, die, wie „Manchester Guardian“ (26. 12. 57) schrieb, innerhalb weniger Wochen zu einer ungeheueren Tragödie

mit noch nicht voraussehbaren weltweiten Auswirkungen führen muß, wenn nicht die Regierung drastisch umgebildet wird. Die fortlaufenden Informationen der Tagespresse über die wechselnde Lage in Indonesien entheben uns der Aufgabe, in den Raum des Tagesgeschehens hinabzusteigen. Die Formulierung der Gebetsmeinung aber gestattet es uns, ja sie verpflichtet uns, die brennenden Probleme von höchster Warte aus zu betrachten. Es wird sich bald entscheiden, ob das Land in den Kommunismus und damit in das Lager des atheistischen Materialismus hineingleitet oder mit den gottesgläubigen Kräften in nüchterner Abschätzung der politischen Realitäten den Weg zu einer inneren Reform findet, die dem kaum zehn Jahre alten Staat die Einheit rettet. Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine kommunistische Machtergreifung in dem Teil Javas und Sumatras, den Sukarno noch beherrscht, zur vorläufigen Lostrennung der übrigen großen Inseln führen würde. Ihre Wiederzusammenführung würde einer kommunistischen Regierung auf Java nur mit militärischer und finanzieller Hilfe Rußlands und eines wiederaufgerüsteten Chinas möglich sein. Indonesien würde einer kommunistischen Regierung auf Java nur mit es mit solcher Leidenschaft abgeschüttelt hat. Es ist nicht anzunehmen, daß der kommunistische Block im Augenblick an ein solches kriegerisches Vorgehen denkt, das einen Weltkrieg auslösen könnte. China, dem Rußland die Vorhand in diesem Teile der Welt hat geben müssen,

kann vorläufig abwarten, da die von ihm mit Hilfe Rußlands gesteuerte Entwicklung in Indonesien ihm alle Trümpfe in die Hand zu spielen verspricht. Die 2,5 Millionen Chinesen Indonesiens, von denen ein erheblicher Teil die chinesische Staatsbürgerschaft besitzt und die im Gegensatz zu anderen Völkern nach Art der Juden ihre völkische Individualität bewahren, werden, so hofft man, eines Tages das große Mutterland ohne äußere Schwierigkeiten zu Hilfe rufen können, um das einstige niederländische Kolonialreich unter chinesische Oberhoheit zu bringen. Dem politischen Einfluß Chinas wird inzwischen durch eine Elite kommunistischer Werber vorgearbeitet, die im Gewerkschaftsleben die führende Rolle spielen und in der schnell anwachsenden kommunistischen Partei ein Instrument geschaffen haben, um die vorhandenen Gegensätze weltanschaulicher, völkischer, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art so lange zu verschärfen, bis der Staatsapparat völlig zerrüttet ist. Kommunismus und chinesischer Nationalismus sind hier ein seltsames Bündnis eingegangen, dessen Tragweite der malaiischen Bevölkerung völlig entgeht. Es kündigt kommende Auseinandersetzungen um die politische Hegemonie unter den asiatischen Großmächten an. Die Chinesenschulen in Indonesien, die größtenteils ihren Unterricht völlig auf der Ideologie des Marxismus aufbauen, und die relativ starke chinesische Presse sind die besten Stützpunkte des kommunistischen Chinas. Schließlich zwingt die Entfernung der Holländer aus dem Wirtschaftsleben jede Regierung des Landes, sich auf die zweitstärkste Wirtschaftsmacht, die Chinesen, zu stützen, die 20 Prozent des Nationaleinkommens besitzen und ihre Stellungen im Bankwesen sowie im Groß- und Kleinhandel eifrig ausbauen. Warum soll das kommunistische China nicht warten können, bis ihm die Früchte der Entwicklung in den Schoß fallen?

Die Stellung Gottes in der Staatsphilosophie Indonesiens

Die Schöpfer des unabhängigen Indonesiens haben sicher nicht gewollt, daß nun, vielleicht sogar noch vom Hunger der Massen gefördert, der gottlose Materialismus sich in den von starken religiösen Kräften und Überlieferungen getragenen Völkern der Inselwelt ausbreitet. Die kleine Schar europäisch gebildeter Indonesier hatte jahrzehntelang darüber gegrübelt, welche Prinzipien die Einheit eines unabhängigen Reiches sichern sollten, das, über einen Raum von fast 5000 km ausgebreitet, nie eine innere echte Einheit besessen hatte und erst durch die Holländer verwaltungsmäßig zusammengeführt wurde. Allmählich kristallisierten sich dann die „fünf Prinzipien“ (Pantja Sila) heraus, die von dem fortschrittlichen Mohammedaner Achmed Sukarno, der mit dem gleichfalls fortschrittlichen Mohammedaner Dr. Mohammed Hatta an der Spitze der Befreiungsbewegung stand, noch während der japanischen Besatzung der Inseln am 1. Juni 1945 als die Grundpfeiler des neuen Staates verkündet wurden. Man glaubte, daß sich auf dieser Basis alle Völker, alle sozialen Schichten, alle Kulturen des überaus vielgestaltigen Landes einigen könnten. Die fünf Prinzipien sind folgende:

1. Der neue Staat solle im Dienste aller seiner Bewohner stehen („Glaube an die Nation“).
2. Der nationale Geist, kurz Nationalismus genannt, bedürfe aber, um sich nicht ungesund zu verengen, eines Korrektivs durch den „Glauben an die Menschheit“, mit der man brüderliche Einheit in einem echten „Humanismus“ suchen müsse.

3. Das Land bedürfe einer demokratischen Regierungsform („Glaube an die Volkssouveränität“), die aber im Gegensatz zu der rein politischen und vom Geiste der sozialen Ungleichheit getragenen westlichen Demokratie

4. echte soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit sichere („Glaube an die soziale Gerechtigkeit“).

5. Das letzte Prinzip sollte der „Glaube an den Allmächtigen Gott“, den obersten Herrn und Gesetzgeber, sein.

Als im Dezember 1949 die Souveränität an die „Republik der Vereinigten Staaten Indonesiens“ überging, hat man das 5. Prinzip an die erste Stelle gesetzt, und als am 17. August 1950 der Bundesstaat in abrupter Form zum Einheitsstaat erklärt wurde, wurden die fünf Prinzipien von der vorläufigen Verfassung in der abgeänderten Ordnung feierlich sanktioniert.

Bis heute hat Indonesien keine endgültige Verfassung, aber die inzwischen ausgearbeiteten verschiedenen Texte zeigten den klaren Willen und das Verlangen der Führerschaft, den Staat als abhängig vom allmächtigen Gott zu betrachten. Diese Herausstellung des Gottesbegriffs ist bei einer überwiegend mohammedanischen Nation an sich kein Wunder. Dennoch ist es bemerkenswert, daß die jungmohammedanische, im westlichen Denken geschulte Führerschaft nicht daran dachte, den mohammedanischen Gottesbegriff dem ganzen Volke, einschließlich der noch in animistischen Vorstellungen lebenden Bevölkerungsteile, aufzunötigen. In den verschiedenen Verfassungsentwürfen wird entsprechend den schon früh gegebenen Erklärungen Sukarnos jedem das Recht gegeben, in Gewissensfreiheit seinem eigenen Gott zu dienen. Aber während die zweite Konstitution ausdrücklich auch vom Recht sprach, die eigene Religion zu wechseln, öffentlich die religiöse Überzeugung einzeln und in Gemeinschaft zu bekunden und die Kinder in der Religion der Eltern zu erziehen, beschränkt sich die Verfassung des Einheitsstaates hinsichtlich dieses Punktes auf den Kurzsatz: „Jeder hat das Recht auf Freiheit des Denkens, des Gewissens und der Religion.“ Offensichtlich wurde diese Kurzfassung nicht der Vereinfachung wegen gewählt, sondern unter dem Druck der mohammedanischen Parteien, denen vor allem die Formulierung über den Glaubenswechsel unbehaglich war, mochten diese Parteien dem linken oder rechten Flügel der islamischen Volksgruppe angehören. Praktisch gewährte der neue Staat volle religiöse Freiheit und wies fanatische islamische Gruppen, die sich Übergriffe erlaubten, in ihre Schranken zurück. Immerhin schien in den ersten Jahren der Republik nur vom Islam her Gefahr für Glaubens- und Gewissensfreiheit zu bestehen. Die Sorgen der christlichen Missionen waren auf die Erwägung dieser Gefahr gerichtet.

Die persönliche Auffassung Sukarnos aus dem Jahre 1949

Die katholische Kirche konnte sich bisher voller Freiheit erfreuen, wenn auch die rigorosen Einreisebeschränkungen für ausländische Missionare einer Kirche, die eigentlich erst seit rund 50 Jahren an den Aufbau einer wirksamen Missionsorganisation denken konnte, erhebliche Wachstumsschwierigkeiten gebracht haben. Gerade vor den Katholiken hat Sukarno, dessen Persönlichkeit heute nicht mehr durchsichtig erscheint, die Stellung der Republik zu Gott und zur Religion des öfteren klar umrissen. Am 7. Dezember 1949 erklärte er z. B. vor einer Katholikenversammlung in Djogjakarta: „Schon zu der Zeit, wo die Japaner indonesisches Land besetzt hielten, als das Ver-

langen nach Freiheit die Indonesier nicht nur beseelte, sondern auch zu größerer Aktion trieb und als viele die Freiheit immer näherrücken sahen, wollten diese das zukünftige unabhängige Indonesien auf fünf Fundamente aufgebaut wissen, in denen der Glaube an den einen Gott ausdrücklich enthalten war. Nach öffentlicher Ausrufung der Indonesischen Republik am 17. August (1945) waren die Indonesier von der Idee der Einheit so erfüllt, daß der Glaube an Gott zwar als Fundament des Staates anerkannt wurde, aber nur den fünften oder letzten Platz einnahm. Als sie später zu ruhigerem Denken zurückkehrten, begannen sie anders zu denken und zeigten einen geschärfteren Sinn für die Ordnung der Werte, so daß der Glaube an den einen Gott als erstes Fundament angenommen wurde.“ Der Staatspräsident fügte hinzu, er habe stets im Gebet von Gott die Gunst erbeten, daß dieser Glaube an Gott auch in der Verfassung zum Ausdruck komme. „Diese Gebete“, so fuhr er fort, „sind nun erhört worden. Der indonesische Staat ist also auf den Glauben an Gott gegründet worden. Aber die Demokratie ist eines der fünf Prinzipien des Staates. Kein Wunder also, wenn man in der Republik verschiedene Parteien findet, die alle ein eigenes Ziel mit eigenen Mitteln verfolgen. Das ist kein Übel, vielmehr eine notwendige Folge der Demokratie. Ein Übel aber ist es, wenn jemand sagt: Diese Partei ist meine Partei, und sie muß deshalb über den anderen stehen, oder jene Partei ist meine Partei, und sie muß deshalb den Sieg erlangen. Das ist eine verdorbene Gesinnung. Die Parteien können, ja sie müssen nach den Grundsätzen der Demokratie teilhaben an der Gründung, am Aufbau und der Regierung des Staates. Aber sie dürfen nicht den Vorteil und den Sieg der eigenen Partei suchen, sondern müssen vielmehr nach dem ersten Prinzip Gott den Sieg überlassen. Der Sieg wird nämlich letzten Endes von Gott gegeben. Mehr noch: nur wenn wir Gott als erstes Prinzip achten, vermögen wir wahrhaft Gott und folglich dem Vaterland zu dienen.“

Man fragt sich unwillkürlich, was Sukarno eigentlich meint, wenn er sagt, die Parteien dürften nicht den Sieg der eigenen Partei suchen, müßten ihn vielmehr Gott überlassen, von dem er letzten Endes herrühre, zumal er bei anderen Gelegenheiten den Parteien ausdrücklich das Recht zugestand, um den eigenen Sieg zu kämpfen. Man kann solche Äußerungen aus den Anschauungen der christlichen Theologie heraus richtig deuten, muß sich aber vergegenwärtigen, daß Sukarno Mohammedaner ist, der sich mit dem Problem auseinandersetzen mußte, wie sich im nichttheokratischen Staate die Allwirksamkeit Gottes mit der Freiheit des Spiels der Kräfte und Parteien vereinbaren läßt. Offensichtlich glaubt er, daß auch in der Demokratie alles scheinbar freie menschliche Handeln eigentlich Gottes Handeln ist und daß deshalb auch die Demokratie so etwas wie eine prästabilisierte Harmonie der göttlichen Allmacht darstellt. Er glaubt mit diesem Hinweis ein Mittel zu haben, den Parteiegoismus bekämpfen, den Kampf der Parteien versittlichen und der Volksherrschaft einen soliden Halt geben zu können. Haben wir hier vielleicht einen Erklärungsgrund für die Sorglosigkeit, mit der er die Kommunisten zur Mitbeteiligung an der Regierung führen wollte?

Die Einsichten Sukarnos aus dem Jahre 1957

Wenn man heute daran zweifelt, ob Sukarno noch zu den Pantja Sila steht, so darf man wohl annehmen, daß er

seinem Gottesbegriff nicht untreu werden will. Er denkt nicht daran, sich persönlich dem dialektischen Materialismus zu verschreiben. Aber er steht vor der tragischen Tatsache, daß sein Land von der inneren Auflösung bedroht ist. Der indonesische Staat von heute zeigt nichts von jener gottgewirkten Harmonie, die der Ideologe und Schönredner Sukarno, dem es an echten Führeigenschaften fehlt, erwartet hatte. Der Schwierigkeiten nicht mehr Herr werdend, versuchte er es mit dem System der gelenkten Demokratie, das das Parlament entmachtet und ein Spezialistenkabinett schafft, in dem die Parteien nach Maßgabe ihrer Bedeutung vertreten sein sollen. Aber ein Teil der Parteien widersetzte sich dem Plan, die Kommunisten in die Regierung zu nehmen, die bei den letzten allgemeinen Wahlen 6 Millionen auf sich vereinten und bei den jüngsten Kommunalwahlen in Java bestürzende Erfolge errangen. So muß ohne die Kommunisten regiert werden, und das Fachkabinett wird deshalb von den Kommunisten als Partei-Kabinett gebrandmarkt.

Sukarno machte nun den folgenschwersten Fehler seiner politischen Laufbahn, indem er die öffentliche Meinung auf ein Ziel abzulenken suchte, von dem er glaubte, daß alle es erstreben: West-Irian (Holl.-Neuguinea). Der Nationalismus — freilich nicht jener der Pantja-Sila — wurde aufgeputscht, und als die Holländer nicht nachgaben, kam es zu Ausschreitungen und groben Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen Rechtes, zu deren Innehaltung sich Indonesien verpflichtet hatte. Die indonesische Regierung versucht jetzt mühsam nachzuweisen, daß sie selbst peinlich die internationalen Rechtsnormen innehalte. Aber es sind Tatsachen geschaffen worden, die in innerer Logik und Schwerkraft weiterwirken, und es sind in einem Staate, der nur noch in einem beschränkten Bereich des Hoheitsgebietes effektive Macht ausübt, Instinkte geweckt worden, die sich nur noch schwer zügeln lassen. Sukarno weiß sich keinen Rat mehr. Er ließ dem Speaker des Parlaments die Vollmachten eines amtierenden Präsidenten übertragen und beschloß, außer Landes Erholung von seiner nervösen Erschöpfung zu suchen. Mit seinem besten Freund, dem Mitkämpfer um die Befreiung und früheren Vizepräsidenten, hat er sich überworfen. Dr. Hatta dachte nüchterner. Er wollte die Demokratie retten, indem er das politische System der Vereinigten Staaten zur Annahme vorschlug. Sukarno hielt diese Lösung nicht für ausreichend, nachdem er die „gelenkte Demokratie“ Rußlands und Chinas kennengelernt hatte, deren wahrer Charakter ihm verborgen blieb. Dr. Hatta war gegen die Beteiligung der Kommunisten an der Regierung, Sukarno dafür, weil er von seiner optimistischen Idee über das Zusammenwirken aller Parteien zum Wohle des Staates nicht abgehen zu können glaubte. Ihm wurde nicht klar, daß mit den Kommunisten das Trojanische Pferd ins Kabinett geführt worden wäre, daß die Totengräber der Demokratie vor der Türe stehen. Es darf uns dies nicht so sehr wundern, wenn wir an die Beurteilung des Kommunismus seitens anderer führender Persönlichkeiten des nichtkommunistischen Asiens denken.

Die westliche Demokratie im Osten problematisch?

Es ist eine Tragik, daß ein Sukarno, der die westliche Demokratie als in der Wurzel rein politisch, kapitalistisch, imperialistisch und unsozial ansah und ihr ein auf sozialer Gerechtigkeit und echtem Humanismus basierende Volksrepublik entgegenstellen wollte, durch das Lieb-

äugeln mit dem Kommunismus, das Ressentiment gegen die Holländer und den Imperialismus seiner Neuguineapolitik nun selbst den stärksten Axthieb gegen die Wurzeln der Demokratie überhaupt führen mußte. Es kam so weit, weil die Demokratie in seinem Lande nicht funktionierte. Sie war für Indonesien ein fremdes Gewächs, weder geschichtlich noch politisch, noch sozial vorbereitet, ungeeignet für ein zum größten Teil aus Analphabeten bestehendes Volk, das bisher am politischen Leben kaum Anteil nahm, das nicht einmal eine allgemein verbreitete Verkehrssprache hatte und seine Angelegenheiten in örtlich gebundenen sozialen Formen, dem Adat-Recht, regelte. Hoch- und Primitivkulturen standen hier nebeneinander. Die eindringende technische Zivilisation konnte von den Massen weder geistig noch technisch gemeistert werden. Eine kleine westlich gebildete Schicht von etwa zwei Prozent der Bevölkerung, die auch die sogenannten Freiheitskämpfer gestellt hatte, trat so, ähnlich wie in vielen anderen Ländern Asiens, an die Spitze des Staates und leitete die Hauptfunktionen des öffentlichen Lebens. Das auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts gewählte Parlament mit seinen überaus zahlreichen Parteien war nicht arbeitsfähig. Es wurde zu einem Debattierklub, während die für das Leben der Gemeinschaft notwendigen Entscheidungen im außerparlamentarischen Raum fielen. In zwei Jahren konnte sich die Verfassunggebende Versammlung, zehn Jahre und mehr seit der ersten Proklamation der Selbständigkeit des Landes, noch nicht auf eine Verfassung einigen, die Aussicht hatte, von zwei Dritteln der Stimmen akzeptiert zu werden. Da der Staatsapparat der wirksamen Kontrolle durch das „souveräne Volk“ entbehrte, erlag die Führungsoligarchie der Korruption, die sich dann nach unten fortsetzte. Kein Wunder, daß die Not der Massen, denen man mit der Freiheit auch sozialen Wohlstand versprochen hatte, eher stieg als sank. Das Elend aber war der Motor des an Einfluß besonders in den Städten wachsenden Kommunismus. So ist der zunehmende Linkskurs Sukarnos verständlich, ebenso aber auch die Versuchung, die „soziale Republik“ nun mit der „gelenkten Demokratie“ zu verwirklichen. Die Russen und die Chinesen hatten ihm diese „gelenkte Demokratie“ an Ort und Stelle vorgeführt. Er sah nicht, daß es sich dort um eine Diktatur schlimmster Art handelte, die mit Demokratie nichts mehr zu tun hat. Ohne die aggressive kommunistische Partei Indonesiens konnte er nun die „gelenkte Demokratie“ nicht durchführen, ebensowenig ohne die starken mohammedanischen Gruppen. Bei dem Versuch, beide Gruppen auf sein System zu verpflichten, scheiterte er und arrangierte in Verzweiflungsstimmung die Kampagne gegen Holländisch-Neuguinea, obwohl er sich hätte sagen müssen, daß durch den Anschluß von 400 000 kulturell tiefstehenden Papuas und Melanesiern eines noch gänzlich unterentwickelten Gebietes im Augenblick kein einziges der zur Entscheidung stehenden Probleme des in seinen Fugen krachenden Staates gelöst werden kann.

Die einstürmende neue Welt

War die Form der westlichen Demokratie für die Anfangszeit des jungen Staates sicherlich wenig geeignet, so läßt sich die Entwicklung doch nicht zurückschrauben. In breiten Strömen fließt westliches Bildungsgut ins Land. Der Drang nach Bildung ist ungeheuer. Eine im höheren Schulwesen Djakartas tätige Ordensfrau schilderte in einem Vortrag in Löwen den gewaltigen Zustrom zu den

Universitäten. Der Zulauf zur medizinischen und juristischen Fakultät der Hauptstadt des Landes sei so groß, daß ganze Gruppen junger Leute von außen sich an die Fenster der überfüllten Kollegsäle klammerten, um wenigstens ein paar Worte der Professoren mitzubekommen. In den Vorlesungssälen schliefen nachts junge Menschen, um am anderen Morgen für sich und ihre Freunde Plätze besetzen zu können.

Der holländische Soziologe P. A. Van den Ende SVD schrieb im August 1957 aus Flores an seine holländischen Freunde: „Wir befinden uns in einem äußerst bewegten und aufgejagten Teil der Welt. Kräfte, die jahrhundertlang untergepflegt waren oder nicht einmal bestanden, brechen plötzlich unter der Kruste der Tradition nach außen, und ganze Menschengruppen wundern sich, daß sie in eine Welt schauen, deren Bestehen sie nicht vermutet hatten. Sie marschieren, wanken, straucheln, greifen eine Hand, die von irgendwoher gereicht wird, werden Kommunisten, Anhänger der Nationalpartei oder Guerillakämpfer, je nachdem, was an der dargereichten Hand klebt. Und dann gibt es für sie keine Ruhe mehr. Sie müssen mitlaufen, mitfordern, mitstimmen, das Los der Nation bestimmen. Führer und Masse sind genötigt, zu Fragen Stellung zu nehmen, von denen sie heute erstmals hören. Sie irren sich bisweilen, aber wenn sie keine Meinung äußern, werden sie zerschmettert. Die Situation gleicht dem Kochtopf eines Alchimisten: nationaler Aufbau, ausländische Hilfe, Nepotismus, Links- und Rechtspropaganda, Idealismus und Selbstsucht... Es ist eine siedende, dampfende Masse, und was sich herauskristallisieren wird, weiß niemand.“ P. Van den Ende glaubt persönlich, daß Indonesien in Zukunft vielleicht eigene Wege gehen und eine besondere Prägung bewahren werde. Schließlich werde der Kampf kulminieren in der Wahl zwischen einem unreligiösen Sozialismus (möglicherweise der schlimmsten Art) und einem demokratischen oder religiösen (islamischen) Grundzug. Der kühle Humanismus der Vereinigten Staaten habe keine Chancen und diene praktisch nur dazu, areligiöse, marxistische und nur hie und da demokratische Strömungen zu verstärken.

Was können wir tun?

Der Gottesglaube bzw. der Glaube an religiöse Werte war bisher die tragende Kraft des Lebens der Völker Indonesiens. Der Kommunismus, sich in den großen Zentren antireligiös und antichristlich gebärdend, die Massen der mohammedanischen Landbevölkerung aber unter Verhüllung seines wahren Charakters umschmeichelnd, ist auf schnellem Vormarsch, und es besteht keine Gewähr, daß der indonesische Islam, der nur einen kulturellen Aufguß auf eine vorhandene ältere hinduistisch-buddhistische Substruktur darstellt, unter allen Umständen dem Ansturm des Kommunismus standhält. Die Erfahrungen zeigen dies nur zu deutlich. Das Schlimmste in dieser Situation ist, daß die technische Zivilisation vom Westen aus unter den Vorzeichen des Diesseitsgeistes einströmt, statt die religiösen Bindungen zu verstärken. Die sog. Freie Welt trägt also auch nach ihrem Rückzug aus den Kolonien unentwegt weiter dazu bei, den Kommunismus in den noch nicht dem gottlosen Materialismus verfallenen Ländern Asiens den Weg zu bahnen. Die Lage Indonesiens ist einmal wieder ein klarer Anruf an die Verantwortung des Westens, den Völkern Asiens konstruktive Werte zu vermitteln, wenn er verhüten will, daß ganz Asien dem

Kommunismus verfällt. Besonders die Studentenschaft Indonesiens ist von der abendländischen Geisteskrise erfaßt und treibt vielfach dem Nihilismus zu.

Die Missionen — Indonesien zählt über eine Million Katholiken, deren größere Hälfte die kompakte Gruppe auf den Kleinen Sundainseln darstellt, und etwa ebensoviel Protestanten — sind zur Stunde noch unbehelligt, desgleichen die holländischen Missionare, von denen ein großer Teil, darunter über zwölf Bischöfe, schon lange die indonesische Staatsangehörigkeit angenommen. Die Regierung hat offiziell erklärt, daß die Missionen, die für Indonesien einen im Augenblick unersetzlichen Bildungswert darstellen, unbesorgt weiterarbeiten können. Es hängt natürlich alles davon ab, ob und wie lange eine kommunistische Regierung — es sind vier Prokommunisten im gegenwärtigen Kabinett — verhütet werden kann. P. Van den Ende erklärt in seinem oben erwähnten Briefe: „Wenn wir etwas (zur Lösung der nationalen Probleme) beitragen können und müssen, so sollte es dies sein: eine religiöse Überzeugung zu fördern, die durchdringt ins öffentliche Leben, ein Spurziehen und Ausbilden einer sozialen Lehre, die die gläubigen Gruppen (einschließlich der Mohammedaner) instand setzt, Wohlfahrt, Gerechtigkeit, nationale Einheit usw. nach religiösen Grundsätzen zu verwirklichen. Hier liegt die größte Chance für das heutige Missionswerk in diesen Gebieten. Aber es ist eine solche, die von der Christenschaft mehr fordert als Dogma und Moral, mehr als Priester und Ordensleute, mehr als die Schaffung einer kirchlichen Gemeinschaft. Sie verlangt vielmehr gesellschaftliche Tätigkeit und religiöse Befruchtung auf jedem Gebiet, das diese bewegliche, unerfahrene Menschenmasse betritt. Das Missionswerk kommt nicht an einer Neuorientierung vorbei, die gewiß das Wesentliche intakt läßt, aber doch auch Verwirklichung sucht in Objekten, die gerade das Operationsfeld des christlichen Laien und weniger das des Priesters und Missionars sind.“

Die Missionsgebetsmeinungen für das Jahr 1958

Januar: Daß das Volk Japans den alles umfassenden Wert der christlichen Lehre erkennen möge;

Februar: Daß der religiöse Sinn des chinesischen Volkes nicht durch den atheistischen Materialismus vernichtet werde;

März: Daß der Glaube an Gott die Grundlage der indonesischen Verfassung bleiben möge;

April: Daß die Kirche in Ceylon mehr und mehr an Achtung gewinne;

Mai: Daß in Indien die religiös-sittlichen Belange nicht weniger gefördert werden als die materiellen;

Juni: Für Frieden und Gerechtigkeit in der arabischen Welt;

Juli: Daß die Lebens- und Wohnungsprobleme der ärmeren Bevölkerungsschichten in den größeren Städten Afrikas nach christlichen Grundsätzen gelöst werden;

August: Daß in Nigeria echtes christliches Leben erblühe;

September: Daß die asiatischen und afrikanischen Universitätsstudenten Christus kennen- und schätzenlernen;

Oktober: Daß das Päpstliche Werk vom heiligen Petrus zur Ausbildung des einheimischen Klerus von allen Gläubigen wirksam unterstützt werde;

November: Daß sich in Lateinamerika die katholischen Männer tatkräftig zur Wehr setzen gegen die Gefahren, die Glauben und Sittlichkeit zu zerstören drohen;

Dezember: Für die Kirche auf der Insel Formosa.

Weitere Verschärfung der Rassenpolitik in der Südafrikanischen Union

Trotz aller Proteste aus dem In- und Ausland fährt die Regierung der Südafrikanischen Union fort, ihre Politik der Rassentrennung und der Zurücksetzung ihrer schwarzen und farbigen Bürger zu verschärfen. Im November kündigte der südafrikanische Arbeitsminister an, daß fortan gewisse Kategorien von Arbeiten in der Bekleidungsindustrie nur von weißen Arbeitern ausgeführt werden dürfen. Nach einer Mitteilung des Gewerkschaftsrats würden damit auf einen Schlag 47 000 nichtweiße Arbeiter ihre Stelle verlieren, wenn die Maßnahme strikt durchgeführt werden würde. Doch nicht nur die von Arbeitslosigkeit bedrohten Schwarzen würden betroffen, sondern ebenso die weißen Arbeitgeber, die daher sogleich protestierten. Denn es gibt nicht genug weiße Arbeiter für die Arbeitsplätze, die ihnen vorbehalten werden sollen. Die Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter ihrerseits droht mit einem Streik aller nichtweißen Arbeiter in der Bekleidungsindustrie. Allein in Transvaal würden dann 12 500 Arbeiter in 300 Betrieben die Arbeit niederlegen.

Wie immer, schaltete sich hier auch wieder sofort der katholische Episkopat in die Protestkampagne ein. Erzbischof McCann von Kapstadt richtete eine Protestschreiben an die Regierung, in dem er erklärte: „Die Farbigen unserer Diözese werden sehr schwer betroffen werden, wenn diese neue Rassenmaßnahme in der Bekleidungsindustrie in Kraft treten sollte. Es stimmt, daß die Regierung Ausnahmen vorsieht, aber das Gemeinwohl verlangt, daß die Arbeiter nicht von Ausnahmemaßnahmen abhängen, was ihre Existenz in jedem beliebigen Beschäftigungssektor anbetrifft... Die wahre christliche Lösung dieses Problems würde darin bestehen, nach und nach die Rassenschranken in der Industrie abzuschaffen...“ Erzbischof Hurley von Durban seinerseits sandte ein Schreiben an eine Protestversammlung des Afrikanischen Gewerkschaftskongresses, in dem er sagte, dies sei „ein derart ungerechter Beschluß, daß er kaum glaublich scheint“.

Die Rassentrennung in den Kirchen

Das Gesetz über die Durchführung der Rassentrennung auch in den Kirchen, das trotz aller Proteste sämtlicher Kirchen und Denominationen, mit Ausnahme der Niederländisch-Reformierten Kirche, Mitte Mai in Gültigkeit trat (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 320 und 468 f.), bereitet naturgemäß gegenwärtig der katholischen Kirche und allen anderen davon betroffenen Kirchen und Denominationen der Südafrikanischen Union den größten Schmerz und die meisten Sorgen. Nur die wichtigste der protestantischen Kirchen der Südafrikanischen Union, die Niederländisch-Reformierte Kirche, die die Regierungspolitik stützt und bei sich strikte Rassentrennung durchführt, bildet dabei, wie gesagt, eine Ausnahme. An der anglikanischen Kathedrale in Kapstadt z. B. ist seit April vorigen Jahres ein riesiges Plakat angebracht: „Diese Kathedrale ist offen, um Männer und Frauen aller Rassen zu allen Gottesdiensten und zu allen Zeiten willkommen zu heißen.“

Am 3. Dezember fand in Johannesburg eine Zusammenkunft zahlreicher schwarzer und weißer Abgesandter der verschiedenen in der Südafrikanischen Union tätigen Kirchen und Konfessionen auf Einladung der Interkonfessionellen Vereinigung südafrikanischer Pfarrer statt. Diese Vereinigung hatte ein Jahr vorher bereits ein Ge-

spräch zwischen Vertretern aller Rassen in Bloemfontein organisiert. Der Kongreß von letztem Dezember befaßte sich hauptsächlich mit der Verantwortung der verschiedenen Religionsgemeinschaften in einer mehrrassigen Gesellschaft, mit dem öffentlichen Unterricht, mit den wirtschaftlichen Rechten und Pflichten, den bürgerlichen Rechten aller und den politischen Maßnahmen. Der Kongreß hat keinen Aufruf erlassen; seine Entschlüsse, inklusive der der Minderheiten, sollen aber später veröffentlicht werden. Alle Delegierten traten in privater Eigenschaft auf.

Bei diesem Treffen hielt Erzbischof Hurley von Durban eine Ansprache.

Der Erzbischof von Durban über Ideale und Versäumnisse der Christen

Msgr. Hurley sagte in seiner Rede, in Verhältnissen wie denen der Südafrikanischen Union mit ihren zwei völlig verschiedenen Kulturen könne man nicht über Nacht die Kultur der einen der andern aufoktroyieren, sondern man müsse Übergangslösungen finden, um dem allmählichen Wandel seine Zeit zu lassen. Dies vorausgesetzt, „ist es die ernstliche Absicht der religiösen Gemeinschaften, ihr Ideal wirksamer im Leben ihrer Anhänger zum Ausdruck zu bringen und daher Erziehungsmethoden zu entwickeln, die der Situation angepaßt sind. Das kann in der vielrassigen Gesellschaft Südafrikas revolutionäre Neuerungen auf den Kanzeln und in den konfessionellen Schulen, in der religiösen Presse und in den Schlagworten der Diskussionen bei religiösen Treffen bedeuten. Es ist eine Art Zugeständnis eigenen Versagens, daß man auf dieser späten Stufe den Versuch, systematisch die religiösen Folgerungen aus unserer vielrassigen Gesellschaft zu ziehen, noch als Neuerung beschreiben kann.“

„Es wird dann darauf ankommen, daß die durch Kanzel, Schule, Presse verbreiteten Ideen auch in der Praxis wirksam werden. Das schließt die Schaffung von Situationen mit ein, in denen das Volk die Theorie ausprobieren kann: interrassische Kirchentreffen und Versammlungen, Zusammenarbeit auf kulturellem und karitativem Gebiet usw. Dieses Programm erfordert Mut. Die Widerstände werden nicht nur von außen kommen. Eine ganze Menge wird von innen kommen. Demgegenüber ist großer Mut nötig.“

„Die Verpflichtung, diesen Mut zu beweisen, liegt vor allem schwer auf den religiösen Gemeinschaften. Wegen des Einflusses, den die Religion auf die sittliche Haltung des Volkes ausübt, haben die Religionsgemeinschaften eine sehr große Verantwortung in einer vielrassigen Gesellschaft, in der es einen Überfluß an Ungerechtigkeiten gibt.“

„Versäumen sie, diese Anstrengung zu machen, so sind sie einer schweren Versäumnis schuldig. Wenn die wachsenden Ungerechtigkeiten die Klimax einer sozialen Explosion erreichen, werden die Religionsgemeinschaften mit darunter leiden, und nicht unverdientermaßen.“

„Man wird ihnen vorwerfen, sie hätten mit dem alten Regime zusammengearbeitet. Und wieder einmal wird die Religion einen Rückschlag erleben wegen des Versagens ihrer Mitglieder...“

Erzbischof Hurley verspottete jene Christen, die nur mit Worten die Apartheidspolitik der Regierung verurteilen. „Nichts ist so geeignet wie eine dröhnende Verurteilung

der Apartheid, daß man sich von heiligem christlichem Feuer ergriffen fühlt. Schlagzeilen machen deine Rede bekannt, man nennt dich mutig und offen. In fernen Ländern finden deine Worte ein Echo. Du fühlst dich wie ein Kreuzritter. Sonntags dankst du Gott für die Inspiration, die er dir gab, während du dein Haupt zum Gebet in einer streng rassengesetzten Kirche beugst. Am Montag schickst du deine Kinder zur Schule und betrachtest glücklich die feine Erziehung, die sie in der durch und durch christlichen Atmosphäre ihrer sorgfältig rassengesetzten Schule erhalten. Du benutzt den Autobus ‚nur für Europäer‘, nimmst den ebenso gekennzeichneten Lift, arbeitest würdig unter gleichgesinnten Weißen, verzehrst deinen Lunch in einem rassengesetzten Restaurant und bezahlst am Ende dieser Woche die rassemäßig abgestuften Löhne. Und immer noch bist du zufrieden wegen der Rede, die du gehalten hast.“

Der Erzbischof weiß allerdings genau, daß der Einzelne im Augenblick den meisten dieser Situationen nicht entgegen kann, da die Verhältnisse stärker sind als er. Er möchte nur warnen „vor der Leichtfertigkeit, mit der man gegen ein falsches Prinzip Reden halten kann, während man gar nicht bemerkt, daß man es selber in der Praxis akzeptiert. Der erfahrene Mann weiß, daß soziale Gewohnheiten sich nur langsam ändern und daß sie überhaupt nicht geändert werden können, bevor nicht eine Änderung des Denkens stattgefunden hat... In Südafrika stehen wir keiner einfachen Situation gegenüber. Gewisse Kritiker aus Übersee meinen, das Problem bestehe in einer einzigen Sache: darin, daß den Nichteuropäern die vollen bürgerlichen Freiheiten aberkannt werden. Wir alle wissen, wie verkehrt diese Idee ist. Die auch nach außen überzeugende Evidenz der Qualität unseres Christentums würde darin bestehen, daß wir einander lieben. Das ist ein Ideal, dem nachzustreben wir verpflichtet sind...“

Ökumenische Nachrichten

Der große Entschluß der Internationalen Missionskonferenz in Ghana Vom 28. Dezember 1957 bis 8. Januar 1958 tagte in der neuen Universität Achimota bei Accra, der Hauptstadt des jungen afrikanischen Staates Ghana mit seinen 700 000 Christen von 5 Millionen Einwohnern, die Weltkonferenz des Internationalen Missionsrates (IMC). Die letzte hatte 1952 in Willingen, Hessen, stattgefunden. Inzwischen haben sich in Asien und Afrika tiefgreifende Wandlungen vollzogen, die neue Entscheidungen notwendig machten. Die Leitung der Konferenz hatte der bisherige Präsident des IMC, Dr. John A. Mackay, USA, zugleich Präsident des Reformierten Weltbundes. Geladen waren etwa 150 Vertreter der nationalen Christenräte aus allen Erdteilen und der verschiedenen Missionsgesellschaften. Nur die Hälfte der Delegierten gehörte der weißen Rasse an. Aus Deutschland waren Professor Freytag, Hamburg, Bischof Meyer, Lübeck, Missionsdirektor Vicedom, Neuendettelsau, und Pastor Jan Hermelink, Hamburg, erschienen. Der Weltirat der Kirchen war durch seinen Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft und den Vorsitzenden des Zentralaussschusses, Franklin C. Fry, vertreten, der zugleich Präsident des Lutherischen Weltbundes ist. Eine seltene Konzentration protestantischer Missionsenergien!

Der missionarische Eifer

Dr. Mackay eröffnete die Konferenz mit einem Vortrag über das Generalthema: „Der christliche Missionsauftrag in der gegenwärtigen Weltstunde“, die er eine apokalyptische nannte. Die Menschen seien heute mehr daran interessiert, in den interplanetarischen Raum vorzustoßen als die Grenzen der Nationen und Rassen zu überwinden. Angesichts der gewaltigen Auseinandersetzung mit den großen Weltreligionen, der größten seit den Tagen des Kaisers Konstantin, müsse die ganze Christenheit eine geeinte weltweite Missionsgemeinde sein. Der Missionsauftrag könne nur durch Laien erfüllt werden, die in allen säkularen Berufen ein wirklich christliches Leben führen. Er ging dann auf den wichtigsten Programmpunkt ein, den umstrittenen Zusammenschluß des Internationalen Missionsrates, eines der Gründungspartner des Weltrates der Kirchen, mit der Organisation des Weltrates (vgl. dazu Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 20f.) und nannte drei Forderungen: „1. Der missionarische Eifer, der die Triebkraft der Weltmissionsbewegung darstellt, darf nicht einem kirchlichen Institutionalismus zum Opfer fallen. 2. Die Kirchen und Räte, die zur offiziellen Ökumenischen Bewegung gehören, dürfen nicht diejenigen Missionsgesellschaften und Kirchen, die bisher wenig Aufgeschlossenheit für kooperative und koordinierende Bemühungen in der Missionsarbeit gezeigt haben, als unökumenisch abtun, sondern sollten sie in jeder Hinsicht als Brüder in Christus behandeln und von ihnen lernen... 3. Solchen Missionsgesellschaften, die eine traditionelle Besorgnis vor kirchlicher Kontrolle in ihrer Missionsarbeit haben oder die glauben, daß Kirchen als solche niemals Träger einer wertvollen Missionsarbeit sein sollten, wäre ein angemessener Platz innerhalb des Organisationschemas einzuräumen.“ Das Kirchenverständnis des kalvinistischen Missionspioniers ist allerdings gespalten zwischen der Vorstellung der „lebendigen Gemeinde“ und der hinzukommenden „äußeren Organisation“. Darum erklärte er u. a.: „Es sollte ganz klar sein: kein Anspruch, die Kirche zu sein, keine historische Kontinuität, keine ungebrochene Tradition, keine apostolische Sukzession, keine theologische Orthodoxie, keine kirchliche Einheit, keine politische Macht, kein liturgisches Gepränge kann Ersatz sein für die dienende Hingabe der Kirche an das Erlösungswerk Gottes in Christus. Auf die sogenannten Jungen Kirchen angewandt, heißt das: keine noch so geartete Autonomie, kein Maß an Harmonie, auch nicht die Errungenschaften der Selbstverwaltung und Selbstunterhaltung können die Hingabe der Kirche an ihre missionarische Aufgabe garantieren oder sie ersetzen.“

Der Zusammenschluß mit dem Weltrat beschlossen

In den vierzehntägigen Beratungen wurde die Frage des Zusammenschlusses mit der Organisation des Weltrates der Kirchen heftig umkämpft, so daß es zeitweilig erschien, als werde die Konferenz gesprengt. Die Besorgnis, daß der Elan der Missionen durch kirchliche Organisation gehemmt werden könnte, war sehr groß. Unter dem Einfluß von Mackay, Fry und des Präsidenten vom Union-Seminary in New York, Professor van Dusen, eines der entschiedensten Vorkämpfer einer ökumenischen Union, gelang es dann, schon in Accra die Entscheidung herbeizuführen, die eigentlich erst für 1960 auf der 3. Vollversammlung des Weltrates in Ceylon erwartet wurde. Mit einer Mehrheit von 58 gegen 7 Stimmen (darunter der